

GUE/NGL

**THE  
LEFT**   
IN THE  
EUROPEAN  
PARLIAMENT

**Die Linke**  
Im Europaparlament

# Kriegswirtschaft in Deutschland und Europa

– ein neues Industriemodell  
für die Großmachtkonkurrenz?

von **Jürgen Wagner**  
herausgegeben von **Özlem Alev Demirel**

# Impressum

## Redaktionelle Bearbeitung:



Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

## Autor:

Jürgen Wagner

## Gestaltung:

Kurtuluş Mermer

## Druck:

1. Auflage, November 2025

Papierverarbeitung Pfeffel GmbH, Liststraße 50, 40470 Düsseldorf

## Bildnachweise:

Deckblatt, KI generiert

Seite 7, NATO, Flickr.com, [CC BY-NC-ND 2.0](#)

Seite 17, Matti Blume, Wikipedia, [CC BY-SA 4.0](#)

Seite 26, KarleHorn, Wikipedia, [CC BY-SA 3.0 DE](#)

Seite 29, NATO, Flickr.com, [CC BY-NC-ND 4.0](#)

Seite 34, Picryl.com, gemeinfrei

## Bestellungen:

Die Studie steht auf den angegebenen Webseiten zum Download bereit. Als gedruckte Broschüre kann sie zudem per E-Mail unter [bestellungen@oezlem-demirel.de](mailto:bestellungen@oezlem-demirel.de) angefordert werden.

## Herausgegeben von:

Özlem Alev Demirel  
Europäisches Parlament  
ASP 02G351  
Rue Wiertz 60  
1047 Brüssel

Tel.: 0032 228 45589

E-Mail: [oezlem.demirel@europarl.europa.eu](mailto:oezlem.demirel@europarl.europa.eu)

[www.oezlem-alev-demirel.de](http://www.oezlem-alev-demirel.de)

[www.left.eu](http://www.left.eu)





<b>Vorwort .....</b>	<b>4</b>
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>6</b>
<b>2. Kriegswirtschaft I: Deutschland .....</b>	<b>8</b>
2.1 Historischer Höchststand: Entscherte Militärausgaben .....	8
2.2 Kriegswirtschaft: Von der Manufaktur zur Großserienproduktion.....	11
2.3 Von Zügen zu Panzern: Wandel der Industrielandschaft.....	15
<b>3. Europa und die „Ära der Aufrüstung“ .....</b>	<b>20</b>
3.1 Weißbuch Verteidigung: Rüstungspolitischer Scheidungsantrag .....	21
3.2 Europas Plan zur Wiederaufrüstung.....	22
3.3 EU-Haushalt 2028 bis 2034 .....	24
<b>4. Kriegswirtschaft II: Europäische Union .....</b>	<b>27</b>
4.1 EDIS: Massenproduktion durch Kriegswirtschaft.....	27
4.2 EDIP: Bündelung der Beschaffung .....	28
4.3 EDIP: Ausbau der Produktion .....	30
4.4 Fahrplan Richtung Kriegswirtschaft.....	30
<b>5. Kriegswirtschaft: Risiken &amp; Nebenwirkungen .....</b>	<b>32</b>
5.1 Blanker Unfug: Argumente für Aufrüstung .....	32
5.2 Neues Wachstumsmodell oder Schuldenkrise mit Ansage? .....	35
5.3 Aufrüstung als Klassenfrage .....	36
<b>6. Fazit.....</b>	<b>38</b>

# Vorwort

Im Frühjahr 2025 präsentierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihren „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ („ReArm Europe“) – parallel dazu verkündete sie eine „Ära der Aufrüstung“, in der Europa bereit sei, „seine Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen“, um mehr „Verantwortung“ für die „eigene europäische Sicherheit zu übernehmen.“<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang bedeutet „Verantwortung“ für die „eigene“ Sicherheit vor allem, von den USA unabhängige militärische Fähigkeiten aufbauen zu wollen. In Zeiten, in denen sich die Großmachtkonflikte nicht nur mit Russland und China, sondern auch mit den USA stetig verschärfen, will man die eigenständigen militärischen Kapazitäten zusätzlich zu den Nato-Kapazitäten aufbauen, um Interessens- und Machtpolitik auf eigene Rechnung, unabhängig von den USA betreiben zu können.

Ein wesentlicher Baustein hierfür stellen die massiven Erhöhungen der Militärausgaben dar: Mittlerweile haben sich bis auf Spanien sämtliche EU-Staaten auf ein neues militärisches Ausgabenziel von 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verpflichtet. Statt wie im Jahr 2025 auf ohnehin schon üppige Militärausgaben der EU-Mitgliedstaaten von 392 Mrd. Euro zu kommen, rechnet die EU-Kommission bei einer Umsetzung des 5-%-Ziels mit einem Betrag von rund 900 Mrd. Euro. Der Aufrüstungsplan von Kommissionspräsidentin von der Leyen unterstützt die Mitgliedsstaaten vor allem dabei, diese immensen Summen vorwiegend über neue Schulden aufbringen zu können. Doch diese gewaltigen Beträge loszueisen ist nur eine Seite der derzeitigen Aufrüstungsmedaille – hinzu kommt, wie bereits erwähnt, das Bestreben, die militärische Abhängigkeit von den USA zu reduzieren und einen möglichst schlagkräftigen europäischen Rüstungskomplex aufzubauen. Hierfür muss sichergestellt werden, dass die europäischen Waffenbauer auch in der Lage sind, die gewaltigen in Aussicht stehenden Beträge auch absorbieren zu können. Dies erfordert die Einführung kriegswirtschaftlicher Elemente, um die Produktionskapazitäten drastisch zu erhöhen. Die wichtigsten diesbezüglichen Initiativen werden in dieser Broschüre anhand Deutschlands und der Europäischen Union beschrieben.



Beschrieben werden auch die Gefahren, die mit dieser Umstellung in Richtung Kriegswirtschaft einhergehen, die derzeit in aller Munde ist. Kriegswirtschaft bedeutet nichts anderes als die Umstellung erheblicher Teile von Produktion und Gesellschaft auf die Anforderungen des Krieges. Sie geht einher mit der Militarisierung der gesamten Gesellschaft. Sie bereitet Kriege vor und versetzt eine Gesellschaft in die Lage, Kriege führen zu können. Dabei kommt es zu einer verstärkten staatlichen Kontrolle und Lenkung der Produktionsprozesse.

Die steigende Rüstungsproduktion wird dabei oft als Wachstumsmotor dargestellt – und den Arbeitenden wird Arbeitsplatz„sicherheit“ in der Rüstungsindustrie versprochen. Doch diese Rüstungsproduktion ist letztlich eine Investition in totes Kapital: Selbst wenn sie kurzfristig Beschäftigung sichert und scheinbar die Wirtschaft stimuliert, schafft sie keinen realen volkswirtschaftlichen Mehrwert.

<sup>1</sup> Europäische Kommission: ReArm Europe: Von der Leyen skizziert vor Europäischem Rat Plan zur Aufrüstung Europas, [Pressemitteilung](#), 04.03.2025.



Statt in Zeiten der Krise die Kapitalverwertung neu zu organisieren oder soziale Bedürfnisse zu befriedigen, werden Mittel in zerstörerische Sektoren umgelenkt. In der Rüstungsindustrie kann zudem nur endlos produziert werden, solange auch ein entsprechender Bedarf an Nachschub im Kriegsfall besteht oder dieser künstlich erzeugt wird.

Das wirtschaftliche wie auch soziale Versprechen an die Arbeiter:innen ist in diesem Zusammenhang nichts als Augenwischerei – ein Täuschungsversuch. Denn nicht nur wird dieses Versprechen in der Realität nicht eingelöst, es trägt durch die erhöhte Kriegsbereitschaft auch zu einer gesteigerten Kriegsgefahr bei – und gefährdet damit unmittelbar die physische Sicherheit der Arbeitenden und ihrer Kinder.

Hinzu kommt, dass sich die Kriegsführung im Verlauf der modernen Gesellschaft grundlegend gewandelt hat. Sie basiert heute auf hochtechnologisierten, teils KI-gestützten Systemen. Genau auf die Förderung und Entwicklung solcher Systeme richtet sich derzeit auch der Blick der EU-Kommission.

Es geht um massive Investitionen in kapitalintensive „Innovationen“, die teuer produziert und ebenso teuer verkauft werden. Das Ziel der EU-Kommission ist auch einen entsprechenden europäischen Rüstungsmarkt zu etablieren. Da die Mitgliedstaaten jedoch auf Dauer kaum in der Lage sein dürften, diese immensen Ausgaben zu stemmen, mehren sich die Stimmen, die Kürzungen insbesondere im Sozialbereich fordern.

Diese Rufe werden in Folge der Umstellung der Wirtschaft noch lauter werden. Schon jetzt fordert die Bundesregierung einen „Herbst der Reformen“, die auf massive Sozialkürzungen und wachsende Angriffe auf die Rechte der Arbeiter:innen abzielen. Die Forderungen nach höherer Leistungsbereitschaft, nach gesteigerter Produktivität und mehr Arbeitsstunden sind dabei keine zufällige Entwicklung, sondern direkte Folgen der Umstellung auf eine Kriegswirtschaft. Die sogenannte „Ära der Aufrüstung“, in der sich die Europäische Union militärisch für die Neuordnung und Aufteilung der Welt in Stellung bringt, wird daher nicht nur zu einer steigenden Kriegsgefahr führen, sondern auch zu einer „Ära des verschärften Sozialabbaus“.

Es ist deshalb wichtig hiergegen sowohl auf nationaler wie auch europäischer Ebene Widerstand zu organisieren. Die Gründung der Initiative „Stop ReArm Europe!“ (<https://stoprearm.org>), der sich mittlerweile zahlreiche Gruppen angeschlossen haben, war dafür ein erster wichtiger Schritt. Denn dem „Call to Action“ von „Stop ReArm Europe!“ ist vorbehaltlos zuzustimmen: „Wir lehnen die Pläne der EU ab, zusätzlich 800 Milliarden Euro für Waffen auszugeben. Das sind 800 Milliarden Euro, die gestohlen werden. Gestohlen von Sozialleistungen, Gesundheit, Bildung, Arbeit, Friedensförderung, internationaler Zusammenarbeit [...] und Klimagerechtigkeit. Davon profitieren nur die Waffenhersteller in Europa, den USA und anderswo. Es wird Kriege wahrscheinlicher machen und die Zukunft für alle unsicherer! Es wird mehr Schulden, mehr Sparmaßnahmen und mehr Grenzen mit sich bringen. Es wird Rassismus verstärken. Es wird den Klimawandel vorantreiben. Wir brauchen keine weiteren Waffen; wir müssen uns nicht auf weitere Kriege vorbereiten. Was wir brauchen, ist ein völlig anderer Plan: echte, soziale, ökologische und gemeinsame Sicherheit für Europa und für die Welt.“<sup>2</sup>

Özlem Alev Demirel

---

<sup>2</sup> <https://stoprearm.org>

# 1. Einleitung

Sowohl in Deutschland als auch in anderen EU-Ländern wird seit einiger Zeit immer offener mit einem einstmals verpönten Begriff hantiert: Kriegswirtschaft. Organisatorisch zeichnen sich Kriegswirtschaften durch ein verhältnismäßig hohes Maß staatlicher Eingriffe aus, indem Marktmechanismen ganz oder zumindest teilweise außer Kraft gesetzt werden. Dabei kommt der Massenproduktion von Rüstungsgütern durch das Vorhalten großer Produktionskapazitäten hohe Priorität zu (von „just-in-time“ zu „just-in-case“). Rechtliche Auflagen, die der Rüstungsproduktion im Wege stehen, werden dafür zu weiten Teilen aus dem Weg geräumt, während die zivile Wirtschaft in Fällen von Engpässen hintenanstehen muss oder gleich in Richtung Rüstungsproduktion umstellt.<sup>3</sup> Exemplarisch forderte Manfred Weber, der Chef der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament, im Frühjahr 2025: „Angesichts der Bedrohungen müssen wir unser Denken in Europa jetzt auf Kriegswirtschaft umstellen. Das bedeutet beschleunigte Genehmigungsverfahren bei Rüstungsgütern. Das bedeutet mehr Zusammenarbeit zwischen den europäischen Rüstungsherstellern. Aber das kann auch bedeuten, dass die Rüstungshersteller künftig am Wochenende im Schichtsystem arbeiten und Unternehmen, die bisher Industriegüter für zivile Zwecke hergestellt haben, künftig Waffen produzieren werden.“<sup>4</sup>

Angetrieben wird diese Entwicklung von den zunehmenden Großmachtkonflikten, in denen sich Deutschland und die Europäische Union militärisch in Stellung bringen wollen. Erklärte Gegner sind dabei nicht mehr „nur“ Russland und bis zu einem gewissen Grad auch China, sondern zunehmend auch die USA. „Nun aber geht es um die existenzielle Selbstbehauptung Europas zwischen den geopolitischen Rivalen der Epochenbruch-Zeit: auf der einen Seite Putins Russland, das im vierten Jahr seinen Eroberungskrieg gegen die Ukraine führt [...]; auf der anderen Seite Trumps Amerika, das sich demonstrativ von den NATO-Demokratien abwendet; und fern im Osten Xis imperiales China, das vor der Küste Taiwans ein Militärmanöver nach dem anderen abhält.“<sup>5</sup>

Vor diesem Hintergrund wurde bereits vor, insbesondere aber seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 und dann noch einmal beschleunigt seit der Wiederwahl Donald Trumps im November 2024 ein gigantisches Aufrüstungsprogramm in Gang gesetzt, mit dem nur vordergründig dem Druck Washingtons nachgegeben wurde. Denn vor allem wird dabei darauf abgezielt, in Militärfragen künftig so weit als möglich auf eigenen Beinen stehen zu können – und hierfür wird wiederum eine umfassende Abnabelung von der militärischen Abhängigkeit von US-Produkten für notwendig erachtet. Um aber mit andern Großmächten auf Augenhöhe rüsten zu können, bedarf es nicht nur einer massiven Erhöhung der Rüstungsausgaben, sondern auch der Bündelung von Aufträgen, um eine kritische Größe zu erlangen. Außerdem gilt es dafür Sorge zu tragen, dass die vielen frisch losgeeisten Milliarden vorrangig in die Taschen einheimischer Konzerne wandern, um so den Ausbau des hiesigen Rüstungskomplexes zu befördern. Der dafür erforderliche Ausbau der Produktionskapazitäten bedarf wiederum der Einführung kriegswirtschaftlicher Elemente, mit der teils bereits begonnen wurde und durch die sich die Industrielandschaft spürbar zu verändern droht. Diese Entwicklung soll im Folgenden mit ihren wichtigsten aktuellen Ausprägungen exemplarisch am Beispiel des größten EU-Mitgliedslandes Deutschland und für die Europäische Union beschrieben werden.

Um nicht missverstanden zu werden: Eine Abnabelung von den USA tut Not – aber sicher nicht mit dem Ziel, als ein weiterer ähnlich hochgerüsteter Akteur mit dann eigenem gigantischen rüstungsindustriellen Komplex die eigenen Pfründe militärisch sichern zu wollen. Deshalb müssen die Begründungen, mit denen der aktuelle Aufrüstungsschub gerechtfertigt wird, unbedingt kritisch hinterfragt werden. Zumal die damit einhergehende und zumindest in Ansätzen bereits heute beobachtbare Veränderung des Industrie- und Wachstumsmodells – salopp gesagt: von der „Ökonomie“ zur „Kriegswirtschaft“ – auch noch der Vorbote einer neuen Schuldenkrise sein könnte. Denn das von interessierten Kreisen prognostizierte „olivgrüne Wirtschaftswunder“ (Handelsblatt) wird sich als Luftnummer entpuppen, deren Rechnung in Form drastischer Sparorgien präsentiert werden dürfte.

3 Kirsch, Martin: Weg in die Kriegswirtschaft? Deutsche Debatten über die Rolle der (Rüstungs-)Industrie, in: **AUSDRUCK** (März 2024), S. 16-18.

4 „Wir müssen unser Denken in Europa jetzt auf Kriegswirtschaft umstellen“, **Die Welt**, 15.03.2025.

5 Enders, Thomas/Bartels, Hans-Peter: Zeit der Monster: **DGAP Online Kommentar**, 28.04.2025, S. 2.





Aufschwung durch Aufrüstung: Ein Arbeiter bei Rheinmetall klebt Hinweise an eine neue Ladung Artillerie-Munition.



# 2. Kriegswirtschaft I: Deutschland

Von der zumindest verbal lange gepflegten „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ hat man sich in Deutschland schon vor einiger Zeit verabschiedet. Spätestens seit 2014 werden Forderungen nach einer militärischen Führungsrolle immer lauter, wobei es anfangs primär darum ging, als Führungsmacht im EU-Verbund durch eine massive Aufrüstung eine Aufwertung des Einflusses innerhalb der NATO zu forcieren.

Während dabei lange vor allem Russland und mit einigen Abstrichen China im Fokus der Aufrüstung standen, gerät man in jüngster Zeit auch mit den USA immer offener aneinander. Hier war es Kanzler Friedrich Merz, der in der „Elefantenrunde“ kurz nach der Bundestagswahl im Februar 2025 den Kurs mit den Worten vorgab, die oberste Priorität bestehe für Europa nun darin, „Schritt für Schritt Unabhängigkeit zu erreichen von den USA“<sup>6</sup>. Deutschland als militärische Führungsmacht einer zu den USA auf Distanz gehenden Europäischen Union, das ist der Kanzler-Plan, der kurz darauf auch in seiner ersten Regierungserklärung durchschien: „Dieses Europa blickt auf uns. Europa erwartet etwas von uns. Die neue Bundesregierung nimmt diese Verantwortung an. [...] Die Stärkung der Bundeswehr steht dabei für uns an erster Stelle. Die Bundesregierung wird zukünftig alle finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, die die Bundeswehr braucht, um konventionell zur stärksten Armee Europas zu werden.“<sup>7</sup>

Durch die rasanten Etatsteigerungen seit 2022 werden diese militärischen Führungsansprüche mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet – und die Einführung kriegswirtschaftlicher Elemente soll sicherstellen, dass dieses ganze Geld vorrangig in die Taschen deutscher Konzerne wandert und den hiesigen Rüstungsindustriellen Komplex anfüllt. Dabei zeichnet sich ab, dass für den Ausbau der Produktionskapazitäten nahezu sämtliche Hürden aus dem Weg geräumt werden sollen, ein Trend, der bereits unter der Ampel-Regierung begonnen wurde und nun unter der Schwarz-roten Bundesregierung seine Fortsetzung findet.

Damit geht eine Verschiebung der Produktion weg von zivilen hin zu militärischen Gütern einher. Dies zeigt sich besonders deutlich anhand der Automobilbranche, ist aber nicht auf diesen Sektor beschränkt, wie am Ende dieses Kapitels anhand zahlreicher Beispiele gezeigt werden soll.

## 2.1 Historischer Höchststand: Entscherte Militärausgaben

In Deutschland wird seit Jahren besonders laut geklagt, die Streitkräfte seien regelrecht kaputtgespart worden. Im Ergebnis stehe die Bundeswehr heute – in den überaus öffentlichkeitswirksamen Worten des langjährigen Heeresinspektors Alfons Mais – „blank“ da. Tatsächlich stieg der deutsche Verteidigungshaushalt aber von (umgerechnet) rund 24 Mrd. Euro im Jahr 2000 bereits deutlich auf etwa 32,5 Mrd. Euro im Jahr 2014 an.<sup>8</sup> Doch von da ab schoss der Verteidigungshaushalt erst richtig durch die Decke, um unmittelbar vor dem russischen Angriff auf die Ukraine 50,4 Mrd. Euro (2022) zu erreichen, was auch inflationsbereinigt einen kräftigen Anstieg bedeutete.

Dennoch war es wohl nicht zuletzt der von interessierten Kreisen gebetsmühlenartig wiederholte Mythos der kaputtgesparten Bundeswehr, der es Bundeskanzler Olaf Scholz neben dem Schock des russischen Angriffskrieges ermöglichte, am 27. Februar 2022 weitgehend kritiklos eine militärische Zeitenwende auszurufen, die zwei Kernelemente beinhaltete: Erstens, dass die Militärausgaben in Zukunft mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) umfassen sollten; und zweitens, dass Schulden („Sondervermögen“) im Umfang von 100 Mrd. Euro gemacht wurden (wofür wegen der Schuldenbremse kurze Zeit später das Grundgesetz geändert werden musste).<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Äußerungen von Merz schlagen hohe Wellen in den USA, *Rheinische Post*, 25.02.2025.

<sup>7</sup> Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz zur neuen Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag, *Berlin*, 14.05.2025.

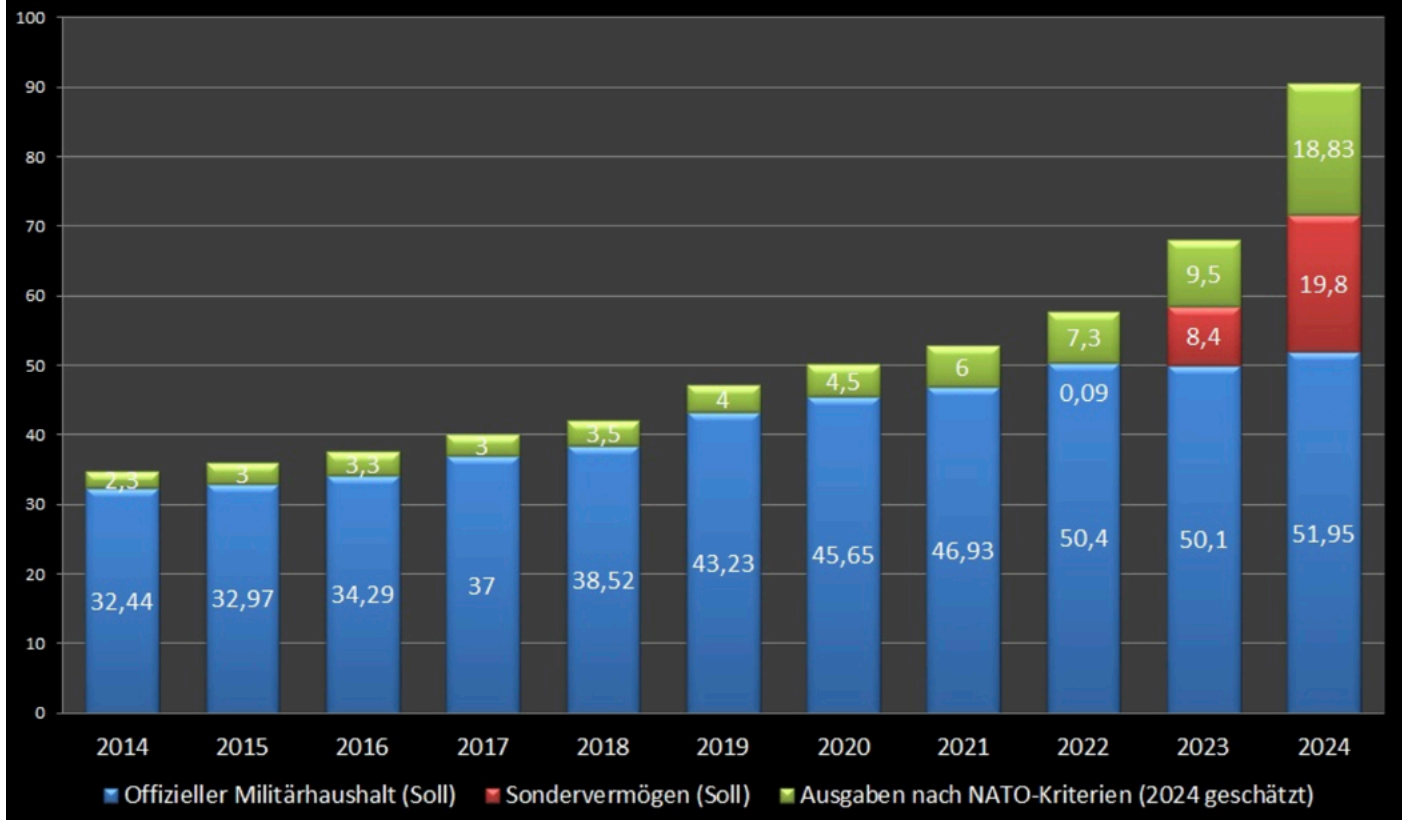
<sup>8</sup> Der Haushalt 2024 lag damit auch drastisch über dem eigentlich verbindlich vereinbarten Sparziel vom Juni 2010. Damals war festgelegt worden, alle Ressorts müssten bis 2014 insgesamt 81,6 Mrd. Euro einsparen und die Bundeswehr solle dazu 8,3 Mrd. Euro beitragen. Gemäß dem daran angelehnten Bundeswehrplan sollte der Militärhaushalt bis 2014 auf 27,6 Mrd. Euro reduziert werden – ein Beschluss, der augenscheinlich rasch wieder einkassiert worden war.

<sup>9</sup> Siehe zum Sondervermögen und den daraus finanzierten Projekten die dafür eingerichtete Sonderseite auf der Homepage der Informationsstelle Militarisierung: [imi-online.de/2023/11/15/das-sondervermoegen-der-bundeswehr](https://imi-online.de/2023/11/15/das-sondervermoegen-der-bundeswehr)



# Chronisch unterfinanziert?

Militärhaushalt, NATO-Kriterien und Sondervermögen (in Mrd. Euro)



Im Jahr 2023 pirschte sich die Bundesregierung mit Militärausgaben von rund 1,6% des BIP (2022: 1,51%) allmählich an das 2%-Ziel heran<sup>10</sup>, das im Folgejahr erstmals übertroffen wurde. Laut Schätzungen der NATO sollten sich die deutschen Militärausgaben im Jahr 2024 auf 90,58 Mrd. Euro (2,12% des BIP) belaufen.<sup>11</sup> Der Betrag setzte sich zusammen aus dem offiziellen Verteidigungshaushalt von 51,95 Mrd. Euro, hinzu sollten 19,8 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen und 18,83 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien (militärrelevante Ausgaben aus anderen Haushalten, v.a. für Waffenlieferungen an die Ukraine) kommen (weil ein zeitiger Mittelabruf teils nicht gelang, waren es real dann etwas weniger<sup>12</sup>).

Trotz dieser rasanten Ausgabensteigerungen ist das Ende der Fahnenstange damit noch lange nicht erreicht. Hierzulande machte dafür eine ganz große Koalition aus CDU/CSU, SPD und Grünen den Weg frei, indem sie sich in einem demokratisch mehr als fragwürdigen Verhalten in der allerletzten Sitzung des alten Bundestages zusammentaten, um eine

spätere Sperrminorität von AfD und Linkspartei zu umgehen. Das Ergebnis wurde dann am 18. März im Bundestag und am 21. März 2025 im Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet: Militärausgaben oberhalb von 1 Prozent des BIP werden künftig als sogenannte „Bereichsausnahme“ von der Schuldenbremse ausgenommen, wobei es dabei weder eine zeitliche noch eine finanzielle Grenze zu geben scheint.<sup>13</sup> Auf Initiative der Grünen wurden gegenüber dem ursprünglichen Antrag von Union und SPD dann auch noch die Ausgaben in den Bereichen Zivil- und Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit, Nachrichtendienste und die Unterstützung für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten (also v.a. die Kosten für die Waffenlieferungen an die Ukraine) von der Schuldenbremse ausgenommen.<sup>14</sup>

Das zudem beschlossene Infrastruktur-Sondervermögen im Umfang von 500 Mrd. Euro könnte an sich sinnvoll sein, doch

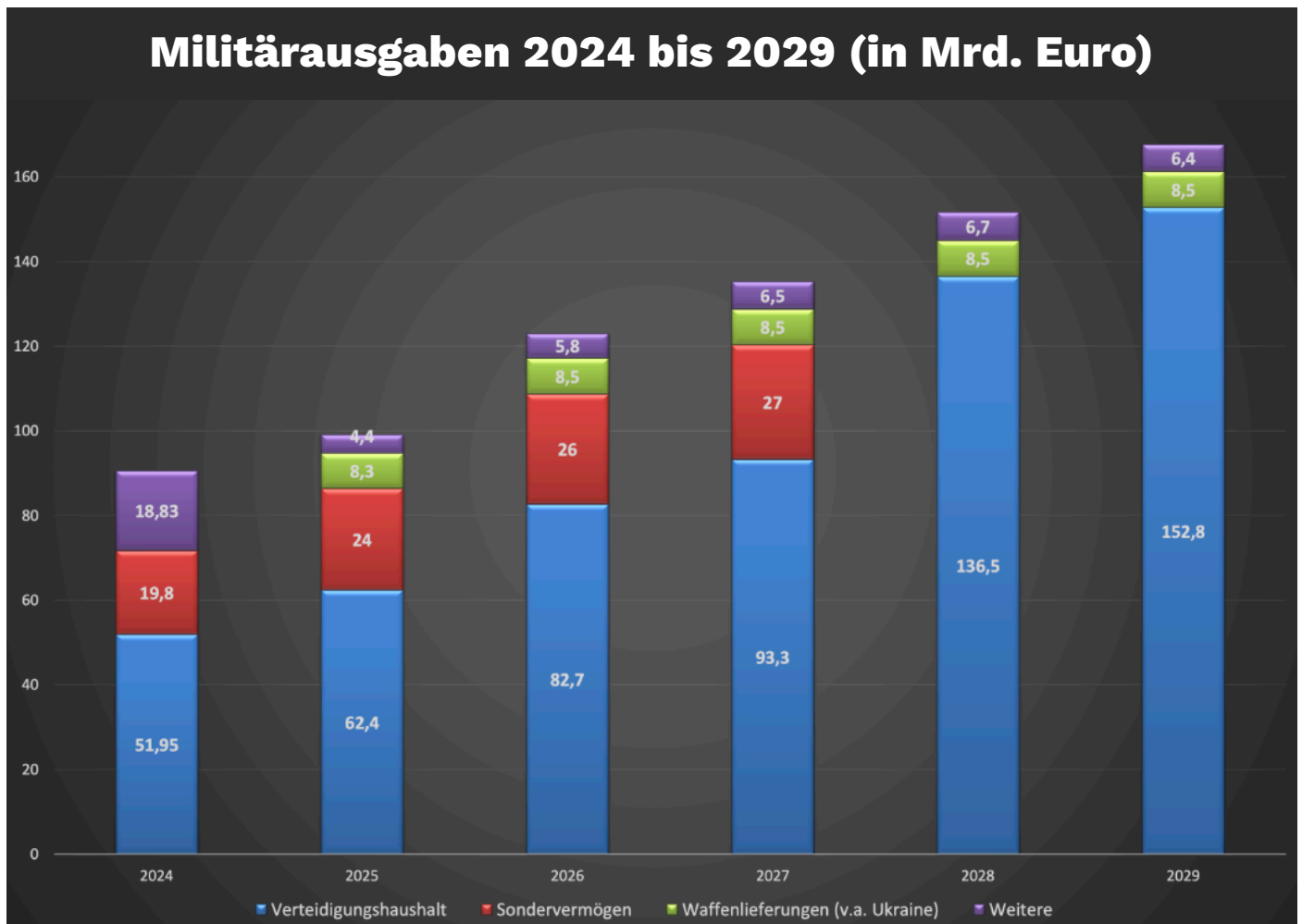
10 Dafür sollten eigentlich 8,4 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen stammen, dem real dann aber nur 5,81 Mrd. Euro entnommen wurde. Siehe Hasenkamp, Ellen: Bundesregierung verfehlt Ziel für Sondervermögen, *Schwäbisches Tagblatt*, 24.01.2024.

11 Defence expenditures and NATO's 2% guideline, *nato.int*, 18.06.2024.

12 SIPRI kommt mit 81,8 Mrd. Euro auf einen deutlich geringeren Wert, während die NATO-Schätzung für die deutschen Militärausgaben 2024 mit 86,6 Mrd. Euro deutlich darüber liegt.

13 „Die Höhe der zusätzlich verfügbaren Finanzmittel ist, soweit bekannt, nicht begrenzt. Beobachter schätzen, dass bis zu 400 Milliarden Euro bereitgestellt werden könnten.“ (Einigung über die Finanzierung der Bundeswehr, *Europäische Sicherheit & Technik*, 05.03.2025)

14 Wörtlich lautet die Passage im Grundgesetz nun folgendermaßen: „Von den zu berücksichtigenden Einnahmen aus Krediten ist der Betrag abzuziehen, um den die Verteidigungsausgaben, die Ausgaben des Bundes für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten 1 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt übersteigen.“ (Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h), Drucksache 115/25)



auch hier zeichnet sich jetzt schon ab, dass relevante Teile davon in die Ertüchtigung von Infrastruktur gesteckt werden, die primär unter militärischen Gesichtspunkten für den schnellen Truppen- und Güterverkehr erfolgt. Im Gesetzesentwurf für das Infrastruktur-Sondervermögen wurde dies folgendermaßen umrissen: „Die Infrastruktur ist auch im Zusammenhang mit der angestrebten sehr zügigen und umfassenden Ertüchtigung der Verteidigungsfähigkeit ein wesentlicher, quasi komplementärer Faktor. Die tatsächliche Fähigkeit, ein deutlich gesteigertes Verteidigungspotenzial auch zur Wirkung zu bringen, setzt die Verfügbarkeit einer ausgebauten, funktionstüchtigen und modernen Infrastruktur, z. B. im Verkehrsbereich, voraus.“<sup>15</sup>

Der nächste wichtige Schritt war dann die auf dem NATO-Gipfel im Juni 2025 getroffene Entscheidung für ein neues militärisches Ausgabenziel von 5% des BIP, wovon 3,5%

auf Militärausgaben im engeren (Verteidigungshaushalt, Waffenlieferungen...) und 1,5% im weiteren (militärische Infrastruktur...) Sinne entfallen sollen. Der zentrale Passus im Abschlussdokument des Gipfels lautet: „Die Verbündeten sagen zu, bis 2035 jährlich fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die zentralen Verteidigungsaufgaben sowie in verteidigungs- und sicherheitsrelevante Ausgaben zu investieren.“<sup>16</sup>

Deutschland will die Vorgaben bereits deutlich früher erreichen: Laut den am 24. Juni 2025 vorgelegten Eckwerten für die kommende Haushaltsplanung soll der Verteidigungshaushalt von 51,95 Mrd. Euro (2024) über 62,4 Mrd. Euro (2025<sup>17</sup>), 82,7 Mrd. Euro (2026), 93,3 Mrd. Euro (2027) auf 135,5 Mrd. Euro (2028) und schließlich 152,8 Mrd. Euro (2029) ansteigen. Hinzu kommen noch eine Reihe weiterer militärrelevanter Ausgaben, vor allem aus dem Sondervermögen der Bundeswehr, dem 24 Mrd. Euro (2025), 26 Mrd. Euro (2026) bzw. 27 Mrd. Euro (2027) entnommen werden sollen. Da das Sondervermögen danach aufgebraucht sein wird, soll der Anstieg im „regulären“ Verteidigungshaushalt von 2027 auf 2028 beson-

15 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h, Drucksache 20/15096. Erste Gelder aus dem Infrastruktur-Sondervermögen sollen für militärische Belange augenscheinlich bereits 2026 ausgeschüttet werden: „Hinzu kommen 10 bis 11 Milliarden Euro für verteidigungsnahe Bereiche wie militärisch relevante Verkehrsinfrastruktur, Sicherheitsforschung und Logistik. Teile dieser Mittel stammen aus dem 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Infrastruktur.“ (Haushalt II: Warum das Nato-Ziel schon 2029 erreicht werden könnte, [table.media](#), 29.07.2025)

16 Fünf Absätze, um Donald Trump milde zu stimmen, [Spiegel Online](#), 23.06.2025.

17 Der Haushaltsentwurf für 2025 der Ampelregierung sah „nur“ 53,25 Mrd. Euro für den offiziellen Verteidigungshaushalt vor.



ders ausgeprägt ausfallen, um die wegfallenden Mittel zu kompensieren.<sup>18</sup> Darüber hinaus müssen weitere ebenfalls von der Schuldenbremse ausgenommenen Posten berücksichtigt werden: im Jahr 2029 für Zivil- und Bevölkerungsschutz (2,3 Mrd.), Nachrichtendienste (2,4 Mrd.), IT-Sicherheit (1,7 Mrd.) und Waffenlieferungen insbesondere an die Ukraine (8,5 Mrd.).<sup>19</sup> Dies würde sich auf 167,8 Mrd. Euro bzw. 3,5% des BIP summieren, zu denen noch die Gelder für militärische Infrastrukturausgaben von 1,5% des BIP kommen dürfen – zusammen also rund 240 Mrd. Euro bei einem geplanten Gesamthaushalt von 573,8 Mrd. Euro!

Das sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerte Zahlen: Allein über die „Bereichsausnahme“ würden von 2025 bis 2029 Rüstungsschulden in Höhe von 378,1 Mrd. Euro angehäuft – und das ohne die militärrelevanten Gelder aus dem Infrastruktur-Sondervermögen. Die historischen Dimensionen, die hier angepeilt werden, zeigen sich daran, dass der bisherige Höchststand deutscher Militärausgaben ins Jahr 1963 zurückreicht und damals mit 4,88% des BIP unter den derzeitigen Plänen der Bundesregierung lag.<sup>20</sup>

## 2.2 Kriegswirtschaft: Von der Manufaktur zur Großserienproduktion

Im europaweiten Vergleich greifen die deutschen Konzerne noch relativ hohe Beträge der neuen Rüstungsmilliarden ab.<sup>21</sup> Außerdem ist die Bundesregierung sichtlich darum bemüht, den Anteil an US-Produkten immer weiter zu reduzieren. Dies geht aus einer von Politico am 23. September 2025 veröffentlichten Liste mit Rüstungsprojekten hervor, die zwischen September 2025 und Dezember 2026 vom Haushaltsausschuss bewilligt werden sollen. Es geht um insgesamt 154 Rüstungsprojekte mit einem Wert von 83 Mrd. Euro, wovon lediglich 8 Prozent an US-Unternehmen gehen sollen, was nicht nur aus Sicht der Fachpresse ein deutliches Signal ist: „Deutschland startet eine der größten Modernisierungen seiner Streitkräfte seit Jahrzehnten und gibt den größten Teil des Geldes bewusst in europäische Hände. US-Rüstung bleibt außen vor – entgegen angenommener Absprachen zwischen EU und US-Präsident Donald Trump. [...] Der deutsche Rüstungsplan sendet ein klares Signal: Berlin setzt auf europäische Wertschöpfung und strategische Unabhängigkeit – zulasten der US-Rüstung. Mit Investitionen in Höhe von fast 83 Milliarden Euro allein für das kommende Jahr wird Deutschland zu einem der führenden

Investoren in die europäische Rüstungsindustrie – und zwar nach eigenen nationalen Prioritäten.“<sup>22</sup>

Dennoch besteht die Sorge, am Ende doch verstärkt auf US-Produkte zurückgreifen zu müssen, sollte der stetig wachsende Bedarf nicht gedeckt werden können. Um dies zu vermeiden, stehen Maßnahmen zum Ausbau der Produktionskapazitäten inzwischen ganz oben auf der Prioritätenliste, wie der damalige Kanzler Olaf Scholz im Februar 2024 unmissverständlich kund tat: „Wir leben nicht in Friedenszeiten. [...] Wir müssen weg von der Manufaktur – hin zur Großserienfertigung von Rüstungsgütern.“<sup>23</sup>

Ein früher Aufschlag in Sachen Kriegswirtschaft war das im Juni 2024 verabschiedete „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“.<sup>24</sup> Es greift nicht nur empfindlich in Bereiche wie die Freiheit der Forschung ein, indem Wissenschaftler\*innen dazu verdonnert werden können, mit der Bundeswehr zusammenarbeiten und ihre Forschungsergebnisse teilen zu müssen (en passant wird auch noch die Einführung von Zivilklauseln verboten). Auch die Möglichkeit von Schulen, die Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren und Karriereberater\*innen der Bundeswehr abzulehnen, wird faktisch abgeschafft.

„Wir leben nicht in Friedenszeiten. [...] Wir müssen weg von der Manufaktur – hin zur Großserien-Fertigung von Rüstungsgütern.“

(Olaf Scholz)

18 Deutschland will 2029 rund 153 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben, [hartpunkt.de](https://www.hartpunkt.de), 23.06.2025.

19 Massive Steigerung der Verteidigungsausgaben: 2029 auf 162 Milliarden Euro, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net), 23.06.2025.

20 Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1953 bis 2024, Statista, 29.04.2025.

21 „Der Anteil der EU-Produzenten an der europäischen Rüstung seit Kriegsbeginn liegt bei überschaubaren 22 Prozent. Der Primus der Rüstung, die innerhalb der EU erfolgt, ist Deutschland mit 11,5 Milliarden Euro.“ (Müller, Björn: Der Einfluss des Ukraine-Krieges auf Europas Rüstungsmarkt, [loyal](https://www.loyal.de), 09.10.2023)

22 Linnemann, Navid: Nur 8 Prozent für US-Rüstung – Deutschland erteilt Trump eine Abfuhr, [defence-network.com](https://www.defence-network.com), 25.09.2025.

23 Waffen "in Großserie statt in Manufaktur", [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), 12.02.2024.

24 Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern, Bayerischer Landtag, Drucksache 19/1556.

### Vorarbeiten: Bayerisches Bundeswehrgesetz und SPD-Positionspapier

Aus dem Weg geräumt werden aber auch „bürokratische Hürden“, wodurch der Weg zu einem bei rüstungsrelevanten Projekten genehmigungsfreien Bauen geebnet wird: „Militärische Infrastruktur [...] soll in Bayern zukünftig schneller hergestellt werden als anderswo. Dies erreicht man, indem man bürokratische Hürden beim militärischen Bauen reduziert. So sollen Bauvorhaben auf bestehenden militärischen Geländen komplett ohne Genehmigungen auskommen können, örtliche Bauvorschriften nicht zum Zuge kommen. Das soll nicht nur die Geschwindigkeit des Bauvorhabens erhöhen, sondern auch deren Kosten senken und zuletzt auch die bayerische Baubehörde entlasten ... und es soll nach Möglichkeit mehr Geld nach Bayern fließen, denn schließlich gäbe es da einen Investitionsstau. Umweltschutz, Artenschutz, Arbeitsschutz, Lärmbelästigung, Energiegesetz – alles keine Kriterien mehr? Ein Freibrief fürs Militär die Landschaft so zu benutzen, wie es ihm gefällt.“<sup>25</sup>

Der Verdacht liegt nahe, dass dieses Gesetz auch als Vorbild für ähnliche Initiativen in anderen Bundesländern dienen könnte, zumal ihm die bayerische SPD ebenfalls zugestimmt hat. Apropos SPD: Deren Bundestagsfraktion legte Anfang Juli 2024 das Positionspapier „Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa“ vor, das es ebenfalls in sich hatte. Prominent wurde dort beispielsweise klargestellt: „Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist nicht irgendeine Industrie; es ist die Aufgabe der Bundesregierung und des Parlaments, die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz dieses heimischen Industriezweiges, im Sinne der nationalen und europäischen Sicherheit, zu garantieren. Leitend dürfen dabei nicht Marktmechanismen sein, sondern Sicherheitsinteressen, Werte und Normen.“<sup>26</sup>

Geht es nach der SPD-Fraktion, soll der Staat in kritischen Fällen auch direkt ins Rüstungsgeschäft einsteigen: „Um Schlüsseltechnologien zu halten und deren Proliferation besser zu kontrollieren, sollten staatliche Beteiligungen des Bundes an Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Einzelfall (mit Sperrminorität) erwogen werden.“ (SPD-Positionspapier 2024: S. 6)

Darüber hinaus sollen ganz im Sinne des bayerischen Bundeswehrgesetzes baurechtliche Hürden außer Kraft gesetzt werden können: „Dies schließt beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren ein und erlaubt es einzuschreiten, falls nationale Sicherheitsinteressen durch kommunales Planungsrecht konterkariert werden.“ (SPD-Positionspapier 2024: S. 2) Und weiter: „Durch Abnahmegarantien und langfristige Verträge müssen Planungssicherheit und Anreize für Unternehmen geschaffen werden, in ihre Produktionskapazitäten zu investieren. Diese sind notwendig, um ein Produktionsniveau an Munition, Verschleißteilen und Gerät aufzubauen, das dem Ziel der Bevorratung gerecht wird und für Krisenfälle entsprechende Aufwuchsreserven bereithält.“ (SPD-Positionspapier 2024: S. 2)

Nach ersten Vorarbeiten (siehe Kasten) war der zunächst wohl wichtigste Schritt in Richtung Kriegswirtschaft die Neufassung des Strategiepapiers der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland: „Mit der geplanten Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie der Bundesregierung [wird] wohl Realität, was zuvor noch undenkbar schien: ‚Schmutzige‘ Rüstungsprojekte sollen künftig als ‚überragendes öffentliches Interesse‘ eingestuft werden, damit Fabriken schneller gebaut werden können. Forschungsprogramme sollen geöffnet, der Staat soll sich in strategischen Fällen direkt an Rüstungsunternehmen beteiligen können.“<sup>27</sup>

<sup>25</sup> Seifert, Andreas: Patriotismus und Ökonomie. Bayern macht die Militarisierung zum Gesetz, in: AUSDRUCK (März 2024), S. 27-29.

<sup>26</sup> Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa, Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, 02.07.2024 (zitiert als SPD-Positionspapier).

<sup>27</sup> Olk, Julian: So wird Deutschland nie verteidigungsfähig, Handelsblatt, 12.02.2024.

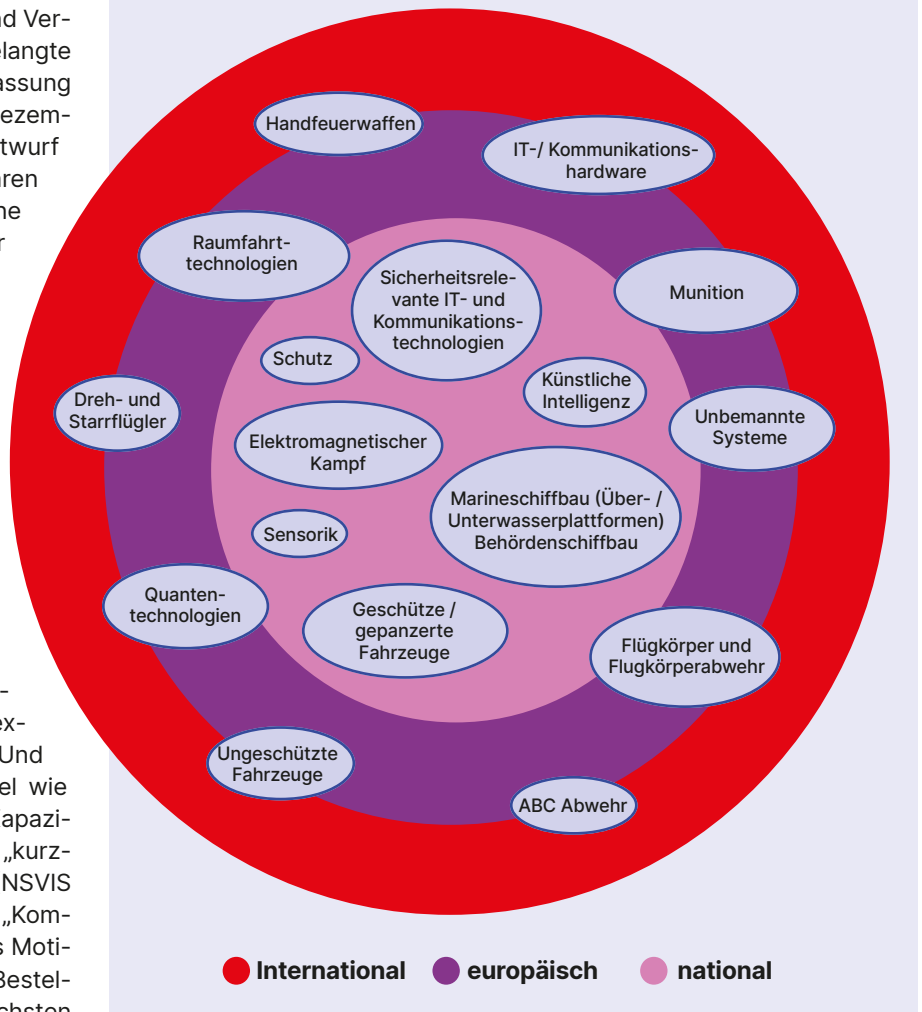


# Schlüsseltechnologien

Ein Entwurf der "Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie" (NSVIS) gelangte bereits Mitte 2024 ins Internet<sup>28</sup>, die Endfassung wurde vom Ampel-Kabinetts dann am 4. Dezember 2024 verabschiedet.<sup>29</sup> Wie schon im Entwurf und in den beiden Vorgängern aus den Jahren 2015 und 2020 definiert die NSVIS eine Reihe von Schlüsselindustrien, die gänzlich oder zu großen Teilen in nationalen oder zumindest europäischen Händen verbleiben sollen. Gänzlich in deutscher Eigenregie sollen folgende Bereiche bespielt werden: Militärische und sicherheitsrelevante IT- und Kommunikationstechnologien, Künstliche Intelligenz, Marineschiffbau (Über-/Unterwasserplattformen), Behördenschiffbau, geschützte/gepanzerte Fahrzeuge, Sensorik, Schutz, Elektromagnetischer Kampf (siehe Grafik).

Um sich dabei gegenüber der US-Konkurrenz mit den entsprechenden Produktionsgrößen zu behaupten, soll der Rüstungsexport systematisch angekurbelt werden.<sup>30</sup> Und dementsprechend zieht sich auch das Ziel wie ein roter Faden durch die Strategie, die „Kapazitäten für die Produktion“ bei Bedarf auch „kurzfristig drastisch erhöhen zu können.“ (NSVIS 2024: S. 5) Hierfür seien die erforderlichen „Kompetenzen und Kapazitäten aufzubauen“, als Motivation sollen die Möglichkeiten für „Voraus Bestellungen für die Bundeswehr [...] für die nächsten zehn Jahre und darüber hinaus“ sowie für „Kapazitätsvorhalteprämien“, ja selbst die Erstattung von „Leerlaufkosten“ geprüft werden. „Weiterhin sollen feste Abnahmemengen gegenüber der Industrie ermöglicht werden.“ (NSVIS 2024: S. 11)

Außerdem gehe es darum, dem Fehlen von „angemessenen gesetzlichen Ausnahme- und Erleichterungstatbeständen“ entgegenzuwirken, die „beim Auf- und Ausbau von Produkti-



Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie.

onkapazitäten zu zeitlichen Verzögerungen“ führen würden (NSVIS 2024: S. 7). Ferner müsse sichergestellt sein, dass die Industrie „verlässlich auf (kritische) Rohstoffe“ zugreifen könne (NSVIS 2024: S. 6). Hierfür solle geprüft werden, ob „Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze“ dementsprechend angepasst werden könnten, „um eine priorisierte Belieferung der SVI [Sicherheits- und Verteidigungsindustrie] auch im Krisenfall“ zu ermöglichen (NSVIS 2024: S. 11). Schließlich solle es der Bundesregierung in „strategischen Fällen“ möglich sein, sich „an Unternehmen der SVI zu beteiligen.“ (NSVIS 2024: S. 13)

Im Strategieentwurf vom Sommer 2024 signalisierte noch ein Platzhalter, dass sich wesentliche Fragen über den Zugang der Rüstungsindustrie zu Finanzmitteln als damals letzte Punkte noch in der Ressortabstimmung befanden. Damals hieß es lediglich, es werde geprüft, „inwiefern das deutsche Förderbankensystem zur Finanzierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie aktiviert werden kann.“<sup>31</sup> In der Endfassung war dann aber explizit die Rede davon, auszuloten,

28 Der Entwurf der Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie wurde von **Politico** ins Internet gestellt.

29 Bundesministerium der Verteidigung / Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: **Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie**, 04.12.2024 (zitiert als NSVIS). Siehe für die Absätze zum NSVIS in diesem Kapitel vor allem Seifert, Andreas/Wagner, Jürgen: Roter Teppich für die Rüstungsindustrie. Die neue Koalition ebnet den Weg in die Kriegswirtschaft, in: AUSDRUCK (Juni 2025), S. 22-25.

30 Nur wenig verklausuliert wird in der Strategie hervorgehoben, dass nationale Schlüsselindustrien ohne die Erschließung ausländischer Märkte aufgrund zu geringer Absatzzahlen nicht überlebensfähig wären – Rüstungsexporte werden dadurch in den Bereich eines wichtigen nationalen Interesses verfrachtet. Man verfolge zwar (angeblich) weiter eine „restriktive Rüstungsexportpolitik“, bei der die „Menschenrechte im Empfängerland“ eine Rolle spielen würden, wichtig wären aber eben auch „die Bündnis- und Sicherheitsinteressen, die veränderte geopolitische Lage und die Anforderungen einer verstärkten europäischen Rüstungskoooperation“, die „gleichermaßen Berücksichtigung finden“ müssten (NSVIS 2024: S. 6).

31 Entwurf der Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie.

inwiefern die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ eingespannt werden kann. Auch der „Europäischen Investitionsbank“ soll hier künftig eine Rolle zukommen (siehe unten). Außerdem solle geprüft werden, „inwieweit Instrumente der Wirtschaftsförderung für Unternehmen der SVI geöffnet werden können.“ (NVSIS 2024: S. 12)

Ein besonderer Dorn im Auge der Rüstungsindustrie sind die Nachhaltigkeitskriterien, die die Aspekte Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (engl. ESG) betreffen. Viele Fonds investieren nur, wenn Unternehmen nach diesen Kriterien als nachhaltig eingestuft wurden – und genau das soll künftig ausgerechnet mit der Rüstungsindustrie geschehen. Im Entwurf wurde dazu „nur“ betont, „aus Sicht der Bundesregierung“ seien Aktivitäten der Rüstungsindustrie „kompatibel mit ESG-Kriterien“.<sup>32</sup> Diese Passagen wurden dann in der abschließenden Fassung noch einmal deutlich geschärft: „Die Bundesregierung [...] unterstreicht, dass der Zugang zur Finanzierung durch Banken und Kapitalmärkte sichergestellt werden muss. Regulatorik zu Sustainable Finance schränkt die Finanzierung der SVI nicht ein und darf keine Auswirkung auf die Finanzierung haben.“ (NSVIS 2024: S. 13)

Nahezu bruchlos knüpfte der Koalitionsvertrag von Union und SPD vom April 2025 hieran an, indem auch dort betont wurde, notfalls werde der Staat gleich selber in relevante Rüstungsunternehmen einsteigen: „Wenn die vollumfängliche Gewährleistung der Sicherheits- und Verteidigungsinteressen Deutschlands durch Änderungen der Eigentums- und Anteilsverhältnisse an Schlüsselunternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bedroht ist, werden wir auch strategische Beteiligungen des Bundes in Betracht ziehen.“<sup>33</sup>

Weiter will man laut Koalitionsvertrag in „besonders kritischen Bereichen“ ganz ähnlich wie in der noch von der Ampel-Regierung angefertigten NSVIS „verstärkt mit Vorhalteverträgen und Abnahmegarantien arbeiten“. Gleichzeitig heißt es, „bereits erfolgte Zertifizierungen und Zulassungen von Partnernationen erkennen wir [...] an.“ Ferner soll eine „deutliche Steigerung der jährlichen Investitionen in militärische Infrastruktur“ erfolgen und „das Genehmigungs- und Vergaberecht“ will man „durch mehr Eigenvollzugskompetenzen für die Bundeswehr vereinfachen.“ Für „militärische Bauvorhaben“ wurde ein „Bundeswehrinfrastrukturbeschleunigungsgesetz“ angekündigt, das dann auch kurze Zeit später vorgelegt wurde (siehe unten).<sup>34</sup>

Auf dieser Basis ließen erste Konkretisierungen nicht lange auf sich warten. Symptomatisch für die Ausrichtung auf Kriegswirtschaft ist dabei die im Juli 2025 bekannt gegebene Einrichtung eines Beraterkreises zur Sicherheits- und Vertei-

digungsindustrie im Bundesministerium für Wirtschaft und Entwicklung (BMWE). Mitglieder sind mit Moritz Schularick, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, René Obermann, Aufsichtsratsvorsitzender von Airbus, Nico Lange, Senior Fellow bei der Münchner Sicherheitskonferenz und Generalleutnant a.D. Jürgen-Joachim von Sandrart vier absolute Hardliner, deren Aufgabe in der Presse wie folgt beschrieben wird: „Die Experten sollen das BMWE dahingehend beraten, einen schnellen Hochlauf der Verteidigungsindustrie zu ermöglichen. Der Fokus liegt auf der Hochtechnologie, Raumfahrt, KI, Robotik, Satellitenkommunikation sowie auf neuen Technologien.“<sup>35</sup>

Erste konkrete Gesetze folgten ebenfalls schnell. So legte Arbeitsministerin Bärbel Bas ein im August 2025 vom Kabinett gebilligtes Tariftreuegesetz vor, bei dem es – man ahnt es schon – für einen Bereich eine Ausnahme geben soll: „Die Bundesregierung will die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung von Tarifverträgen knüpfen. [...] Die Regierung will damit die seit Jahrzehnten sinkende Tarifbindung stärken. Eine weitreichende Ausnahme ist für Aufträge der Bundeswehr vorgesehen, die bis Ende 2032 ausgenommen sind.“<sup>36</sup>

Am 23. Juli 2025 billigte das Kabinett zudem das „Bundeswehr-Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz“: „Besonderheiten dieses neuen Gesetzes liegen [...] einerseits in der Neufassung des Geheimschutzes, der eine weitere Abkapselung von öffentlicher Transparenz in den Beschaffungsprozessen ermöglicht, zum anderen in der Ausweitung der Einschränkungen mit Bezug zu militärischen Anlagen und deren Erweiterung. Letzteres ist besonders deutlich und aufgegriffen an der Neufassung des Luftverkehrsgesetzes. Ab nun gilt, dass das Militär wo immer es will Flugplätze bauen und unterhalten kann und auch die Lufthoheit genießt, andere Bauwerke, die dem Flugbetrieb im Wege stehen könnten, zu untersagen. Kurzum, es ist das Verteidigungsministerium, das letztlich entscheiden wird, ob wir mithilfe von Windkraft die Energiewende schaffen, oder dieser Anspruch einem Eurofighter oder einer Radaranlage weichen muss. Hier schließt das Bundesgesetz an die bayerische Vorlage an und räumt der Bundeswehr weitere Kompetenzen ein: Sie selbst darf bei ihren Bauvorhaben künftig abwägen, ob sie umwelt- oder naturschutzrechtliche Vorgaben erfüllt oder nicht. Der militärische Betrieb, der so oder so eine erhebliche Klima- und Umweltbelastung darstellt, wird einmal mehr von allem ausgenommen.“<sup>37</sup>

32 Entwurf der Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie.

33 Verantwortung für Deutschland, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, Ziffer 4189ff.

34 Koalitionsvertrag, Ziffer 4171ff.

35 Reiche plant Beraterkreis zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, *Oldenburger Zeitung*, 28.07.2025.

36 Bas bringt Tariftreuegesetz auf den Weg – Bundeswehr lange ausgenommen, *Reuters*, 22.07.2025.

37 Seifert, Andreas: Optimierungswahn. Die Crux vom Bürokratieabbau in der Beschaffung, *IMI-Analyse* 2025/21.

## Frankreich: Voll im Kriegswirtschaftstrend

Ein umfassender Blick auf sämtliche Mitgliedsstaaten würde den Rahmen dieser Broschüre deutlich sprengen. Aber wenigstens das zweitgrößte EU-Land soll hier kurz gestreift werden, wobei ähnliche Tendenzen wie in Deutschland zutage treten. So forderte der französische Präsident Emmanuel Macron bereits im Juni 2022: „Frankreich muss auf Kriegswirtschaft umstellen.“<sup>38</sup> Dazu gehören die Steigerungen der Militärausgaben, die für den Zeitraum 2019-2025 noch 295 Mrd. Euro betrugen und dann ursprünglich für 2024-2030 auf insgesamt 413 Mrd. Euro erhöht wurden. Mit der französischen Zustimmung zum NATO-Ausgabenziel von 5% des BIP müssen aber selbst die jüngsten Etatsteigerungen noch einmal deutlich übertroffen werden: „Frankreich hatte sich vorgenommen, seinen Verteidigungshaushalt bis 2030 gegenüber 2017 zu verdoppeln. Macron versprach jedoch, dieses Ziel bereits bis 2027 zu erreichen – dem letzten Jahr seiner zweiten Amtszeit. Der Militärhaushalt, der 2017 bei 32 Milliarden Euro lag, soll bis 2027 auf 64 Milliarden Euro steigen. Für 2026 sind Zusatzausgaben von 3,5 Milliarden Euro und für 2027 weitere drei Milliarden Euro vorgesehen. Allerdings: Um die von den Nato-Staaten angepeilten Aufwendungen für unmittelbar militärische Zwecke in Höhe von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen, müsste Frankreich seine Ausgaben nochmals drastisch erhöhen.“<sup>39</sup>

38 Wachowiak, Sven: Umstellung auf „Kriegswirtschaft“. Ein betrübter Blick nach Frankreich, in: AUSDRUCK (Juni 2025), S. 19-21, S. 19.

39 Frankreich erhöht Militärausgaben schneller als geplant, Spiegel Online, 14.07.2025. Und auch hier befördern diese Gelder eine Verschiebung der Produktion: „Der französische Autohersteller Renault steht im Kontakt mit der Regierung in Paris über den möglichen Bau von Drohnen in der Ukraine. Renault teilte am Sonntag mit, das Verteidigungsministerium habe nachgefragt, ob der Autobauer bei der Herstellung von Drohnen helfen könne.“ (Bau von Drohnen – Frankreichs Regierung fragt Renault an, Handelsblatt, 09.06.2025)

Gleichzeitig berichtete die FAZ über die immense französische Staatsverschuldung von 114% des BIP, für 2029 würden Kosten für Zins und Tilgung von rund 100 Mrd. Euro erwartet.<sup>40</sup> Deshalb versucht der Staat händeringend an frische Gelder zu gelangen: „Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Sparvermögens (6,5 Prozent) liegt als festverzinsliche Einlage auf dem staatlich reglementierten Sparbuch ‚Livret A‘. Dort trägt es zwar u. a. zum sozialen Wohnungsbau bei, nicht jedoch zu den hehren nationalen Kraftanstrengungen im Rahmen der ‚Kriegswirtschaft‘. Dies könnte sich jedoch bald ändern. [...] Neuerdings diskutiert die Regierung sogar die Einführung neuer Sparkonten, in die der französische Kleinanleger ‚solidarisch‘ zur Finanzierung der staatlichen Rüstungsoffensive investieren kann. Durch ein solches ‚Rüstungssparbuch‘ für die Bevölkerung erhofft man sich laut FAZ die ‚Schaffung eines Anlageprodukts, mit dem man 450 Millionen Euro an Ersparnissen mobilisieren wolle. Der Mindestbetrag betrage 500 Euro und der Höchstbetrag ‚einige Tausend Euro‘.“<sup>41</sup>

Im Endeffekt wird bei Beibehaltung des aktuellen Kurses auch in Frankreich kaum ein Weg an drastischen Sozialkürzungen vorbeiführen, die verbal bereits vorbereitet werden. „Mehr arbeiten ist der beste Weg, um die nötigen Ausgaben für unsere Armeen zu finanzieren“ („Les Échos“, 10. März 2025). Oder: „Unser sakrosanktes Sozialmodell [...] treibt das Land wesentlich in den Ruin und nimmt ihm jeglichen finanziellen Handlungsspielraum.“ (Le Figaro, 7. März 2025). Kein Wunder, dass zum Beispiel Sophie Binet, Generalsekretärin des größten Gewerkschaftsbundes im öffentlichen Sektor, CGT, zu dem Ergebnis gelangte: „Für die Arbeiter gibt es nichts Schlimmeres als die Kriegswirtschaft.“<sup>42</sup>

40 Frankreichs Weg in den Schuldensumpf, FAZ, 12.07.2025.

41 Wachowiak 2025, S. 20.

42 Wachowiak 2025, S. 21.

## 2.3 Von Zügen zu Panzern: Wandel der Industrielandschaft

Unter dem Begriff der Gegenkonversion – der Umwidmung von einer zivilen zu einer militärischen Nutzung – wurde bislang vor allem die Verwendung vormals ziviler Liegenschaften durch das Militär verstanden. Der am 5. Februar 2025 erfolgte Besuch des damaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz in Görlitz stand angesichts der dort bevorstehenden Übergabe eines Werkes des Waggonherstellers Alstom an den Panzerbauer KNDS für einen doppelten Wandel. Erstens trat hier die Ausweitung der Gegenkonversion auf den bisher weitgehend verschont gebliebenen Industriebereich deutlich zu Tage. Und zweitens handelte es sich dabei nur um ein Beispiel von vielen, die zusammengenommen womöglich Vorboten eines

tiefgreifenden Wandels der deutschen Industrielandschaft sind.<sup>43</sup>

**Vom Kreuzfahrt- zum Kriegsschiff:** Im Jahr 2022 wurde die Konkursmasse der MV Werftengruppe mit Standorten in Wismar, Rostock-Warnemünde und Stralsund verscherbelt. Den Standort in Rostock-Warnemünde übernahm die Bundeswehr direkt, Kostenpunkt 87 Mio. Euro, wobei mindestens 500 der zuvor 600 Arbeitsplätze erhalten bleiben sollen.<sup>44</sup> Die dann

43 Siehe für dieses Kapitel auch Kirsch, Martin: Von Zügen zu Panzern Gegenkonversionen wälzen die Industrielandschaft um, in: AUSDRUCK (Juni 2025), S. 34-36.

44 Vertrag unterschrieben: Bund kauft insolvente MV-Werft in Rostock-Warnemünde für die Marine, Ostsee-Zeitung, 07.07.2022.



am 11. Januar 2023 erfolgte feierliche Bundeswehr-Übernahme wurde von der Truppe als „zielstrebiges Handeln in der Zeitenwende“ gefeiert. Gleichzeitig wurde die damalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht dazu folgendermaßen zitiert: „Es kommt nicht oft vor, dass eine Verteidigungsministerin den Kauf einer Werft verantwortet. Das war schon ein ganz besonderer Moment, als wir das erste Mal im Ministerium zusammensaßen und diese Idee diskutiert haben. Die Vorteile lagen ganz schnell auf der Hand.“<sup>45</sup>

Den Standort Wismar verliebte sich wiederum ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) ein (den dritten Standort erwarb die Stadt Stralsund). An Auslastung dürfte kein Mangel herrschen: Ende 2024 bewilligte der Bundestag die Gelder für den Bau von vier U-Booten 212 CD für 4,7 Mrd. Euro (im Mai 2025 wurde die Bestellung von zwei weiteren U212 bekanntgegeben<sup>46</sup>). Daraufhin kündigte das Unternehmen im Januar 2025 an, 220 Mio. Euro in den Ausbau des Werkes in Wismar zu investieren.<sup>47</sup> Ebenfalls zum Jahresende 2024 wurde zudem eine erste Finanzierung in Höhe von 44,5 Mio. Euro für den möglichen Bau der neuen Fregattengeneration F-127 bewilligt. Noch ist unklar, ob und, wenn ja, wie viele dieser für Großmachtkonflikte konzipierten Schiffe gebaut werden sollen. Die Rede ist entweder von vier (Kostenpunkt 7,5 Mrd. Euro) oder acht (15 Mrd. Euro) Fregatten.<sup>48</sup> Obwohl also noch viele Fragen offen sind, liegt TKMS wohl gut im Rennen und würde im Falle des Zuschlags laut Aussagen von CEO Oliver Burkhard drei der vier Schiffe in Wismar bauen lassen.<sup>49</sup>

Auch bei zwei weiteren bislang zivilen Werften steigen nun Unternehmen mit substantiellen Anteilen im Rüstungsgeschäft ein: „Die beiden insolventen schleswig-holsteinischen Werften FSG und Nobiskrug werden neue Eigentümer bekommen. Wie der Insolvenzverwalter heute mitteilte, wird die FSG von der Heinrich Rönner Gruppe aus Bremerhaven und Nobiskrug von der Lürssen-Werft aus Bremen übernommen.“<sup>50</sup> Und auch bei der im September 2024 erfolgten staatlichen Rettung der Meyer Werft in Papenburg, an der Bund und Land 80 Prozent übernahmen, dürften militärische Über-

legungen eine wichtige Rolle gespielt haben: „Doch einiges deutet darauf hin, dass die Bundesregierung mit der einstweiligen Übernahme der Meyer Werft noch anderes im Schilde führt. [...] Die Meyer Werft hat während der Coronakrise den Auftrag erhalten, zwei Marine-Tanker für die Bundesmarine zu bauen. Das erste dieser Schiffe soll 2025 fertig sein. [Nun] zeichnet sich eine Kooperation oder Fusion mit thyssenkrupp Marine Systems ab.“<sup>51</sup>

Die Rüstungsindustrie kann sich der vollen politischen Unterstützung gewiss sein, sowohl auf nationaler, besonders aber auch auf europäischer Ebene.

**Vom Auto zur Rüstung:** Bereits im Mai 2022 titelte die Automobilwoche: „Angesichts der frischen Milliarden für die Bundeswehr sucht die Rüstungsindustrie in Deutschland händelnd nach qualifizierten Fachleuten. Fündig wird sie vor allem in der Automobilbranche, die selber unter Fachkräftemangel leidet.“ Eine deutlich bessere Bezahlung und das inzwischen positivere Image der Branche hätten zur Folge, dass die Rüstungsindustrie – unterstützt mit den Milliardenbeträgen der Zeitenwende – erfolgreich Personal abwerbe: „Unternehmen aus der Rüstungsindustrie schreiben bereits verstärkt Positionen aus, um mit schnellem Personalaufbau auf das Investitionsprogramm der Bundesregierung reagieren zu können“, wird ein Münchener Personalberater zitiert.<sup>52</sup>

Seither hat sich die Situation mit der verschärften Krise der Automobilbranche weiter zugespitzt. Angesichts eines geplanten Stellenabbaus beim Bosch-Werk in Hildesheim brachte zum Beispiel Ministerpräsident Olaf Lies eine Ansiedlung von Rüstungsunternehmen ins Spiel: „Siedeln sich auf dem Bosch-Gelände im Hildesheimer Wald bald Hersteller oder Zulieferer aus der Rüstungsindustrie an? Diese Möglichkeit hat der niedersächsische Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) [...] bei einer Zusammenkunft von Vertretern lokaler Unternehmen in der Bischofsmühle ins Spiel gebracht. Er kündigte sogar an, mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall ‚sehr genau über den Standort zu sprechen‘.“<sup>53</sup>

45 Ministerin weiht Marinearsenal Warnowwerft ein, [bmvg.de](https://www.bmvg.de), 11.01.2023.

46 U-Boot-Kooperation mit Norwegen ausgeweitet: Sechs neue U-Boote vom Typ U212CD, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), 13.05.2025.

47 tkMS investiert 220 Millionen Euro am Werftstandort Wismar, [hartpunkt.de](https://www.hartpunkt.de), 17.01.2025.

48 Die Liste der letzten 25-Mio-Vorlagen dieses Jahres, [defence-network.com](https://www.defence-network.com), 12.12.2024.

49 tkMS investiert 220 Millionen Euro am Werftstandort Wismar, [hartpunkt.de](https://www.hartpunkt.de), 17.01.2025.

50 Rönner und Lürssen steigen bei FSG und Nobiskrug ein, [hartpunkt.de](https://www.hartpunkt.de), 31.01.2025.

51 Zweites Standbein: SPD und Grüne wollen Meyer Werft zum Rüstungsbauer machen, [focus.de](https://www.focus.de), 04.09.2024.

52 Rüstungsbranche wildert in der Automobilindustrie, [Automobilwoche](https://www.automobilwoche.de), 07.05.2022.

53 Ministerpräsident Lies bringt Bosch-Gelände als Standort für die Rüstungsindustrie ins Spiel, [Hildesheimer Allgemeine Zeitung](https://www.hildesheimer-allgemeine-zeitung.de), 02.09.2025.



Strahlende Aussichten bei Rheinmetall, dem deutschen Marktführer für Tötungsmaschinen.

Bereits weiter ist der Reifenhersteller Continental, der in Wetzlar Mitarbeiter an Hensoldt abgeben will.<sup>54</sup> Eine formale Kooperation ist Continental sogar mit dem großen deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall eingegangen. Eine Pressemitteilung von Rheinmetall beschrieb die Zusammenarbeit am 14. Juni 2024 wie folgt: „Ziel der Vereinbarung ist es, den in den nächsten Jahren stark wachsenden Personalbedarf von Rheinmetall teilweise durch die von der Transformation betroffenen Beschäftigten von Continental zu decken. [...] Continental und Rheinmetall beginnen zu diesem Zweck so früh wie möglich mit einer Zusammenarbeit. So sollen zum Beispiel bis zu 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Continental-Standorts in Gifhorn eine Beschäftigungsperspektive bei Rheinmetall im niedersächsischen Unterlüß, rund 55 Kilometer nördlich von Gifhorn, finden. An weiteren deutschen Standorten werden zudem Veranstaltungen organisiert, so dass sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über berufliche Perspektiven bei Rheinmetall informieren können.“<sup>55</sup>

Daneben kommt es auch zu konzerninternen Umschichtungen von zivilen hin zu militärischen Unternehmenssparten.

Daimler etwa plant seinen bislang relativ kleinen Rüstungsanteil am Gesamtumsatz deutlich zu erhöhen.<sup>56</sup> Und auch hier ist Rheinmetall ganz vorne mit dabei, indem zum Beispiel angekündigt wurde, zwei vormals für den zivilen Fahrzeugbau produzierende Werke in Berlin und Neuss würden auf Militärproduktion umgestellt.<sup>57</sup> Außerdem zeichnet sich ab, dass der Konzern dabei ist, sich vormals von der Autoindustrie betriebene Standorte unter den Nagel zu reißen. Nachdem VW-Chef Oliver Blume andeutete, man könne sich den Einstieg in den Bau von Militärfahrzeugen vorstellen<sup>58</sup>, ließ sich Rheinmetall-Chef Armin Papperger nicht zweimal bitten und brachte gleich einen konkreten Standort ins Spiel: „Das VW-Werk in Osnabrück steht auf der Streichliste von Volkswagen. Nun gibt es eine neue Perspektive für den Standort: als Rüstungsfabrik. [...] Konkrete Konzepte gebe es nicht, so Papperger, aber das VW-Werk in Osnabrück sei gut geeignet, um dort zum Beispiel militärische Fahrzeuge herzustellen.“<sup>59</sup>

54 Hensoldt bietet Continental-Mitarbeitern die Übernahme an, Handelsblatt, 31.01.2025.

55 Rheinmetall: Neue Perspektiven für Beschäftigte - Rheinmetall und Continental unterzeichnen Absichtserklärung, Pressemitteilung, 14.06.2024.

56 Daimler Truck schmiedet Allianz mit US-Rüstungsunternehmen, Handelsblatt, 19.09.2025.

57 Rheinmetall erwägt Umstellung von Fahrzeugwerken auf Militärproduktion, n-tv, 24.02.2025.

58 Militärfahrzeuge von VW? Konzern ist offen, ZDF Online, 11.03.2025.

59 Rheinmetall-Chef: VW-Werk in Osnabrück gut für Rüstung geeignet, ndr.de, 13.03.2025.

Für diese Entwicklungen prägte Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des „Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ (BDSV), das Schlagwort „Autos zu Rüstung“: „Aktuell bietet das Freiwerden von Ressourcen im Automobil- und Automobilzulieferbereich in Deutschland besondere Chancen, Rüstungskapazitäten gerade im Bereich größerer Serien schnell hochzufahren. Das Motto könne lauten: ‚Autos zu Rüstung‘! Anstatt einen volkswirtschaftlichen Schaden durch den Abschwung der Auto-Konjunktur zu beklagen, sollten wir versuchen, Produktions-einrichtungen und vor allem Fachkräfte aus dem Automobil-sektor möglichst verträglich in den Defence-Bereich zu über-führen.“<sup>60</sup>

**Vom Zug zum Panzer:** Ziel des Kanzlerbesuchs in Görlitz Anfang 2025 war es augenscheinlich, einer direkten Umwid-mung der zivilen Produktionsstätte von Alstom in einen Standort von KNDS politische Rückendeckung zu verschaf-fen. Nachdem Alstom 2021 Bombardier übernommen hatte, teilte das Unternehmen im Oktober 2024 mit, es sehe für das Werk in Görlitz keine Perspektive mehr. Über 175 Jahre waren in Görlitz Bahnwaggons gefertigt worden, nun zog man „einen Schlussstrich unter dieses Kapitel Industriege-schichte“.<sup>61</sup>

KNDS bietet eine breite Panzerpalette an, die künftig in Teilen in Görlitz gefertigt werden soll: „Die KDNS [sic!] Deutschland GmbH & Co. KG plant in Görlitz unter anderem die Produktion verschiedener Baugruppen für den Kampfpanzer Leopard 2 und den Schützenpanzer Puma. Außerdem sollen Module für verschiedene Varianten des Radpanzers Boxer gefertigt wer-den.“<sup>62</sup> Von den 700 Beschäftigten will KNDS wohl 350 bis 400 am Standort Görlitz übernehmen und bis zu 75 weitere in andere KNDS-Werke vermitteln.<sup>63</sup> Investieren wolle der Kon-zern am Standort Görlitz einen hohen zweistelligen Millionen-betrag.<sup>64</sup>

Die Tatsache, dass die Pläne dann öffentlichkeitswirksam mitten im Wahlkampf präsentiert wurden, deutet auf die Po-pularität der Maßnahme hin. Es gab allerdings auch einige kri-tische Stimmen, die auf den grundsätzlichen Charakter dieser und anderer Entwicklungen hinweisen: „Für die Linke warnte Kreischef Mirko Schultze, die Region werde ‚stetig, aber si-cher kriegstüchtig gemacht‘. Der Truppenübungsplatz Ober-lausitz werde für Manöver genutzt, auf der Bahnmagistrale durch Görlitz ‚fahren Panzer gen Osten‘, nun komme ein Rüs-

tungsbetrieb dazu. Die Fähigkeiten der Waggonbauer würden dringender benötigt, ‚um die Verkehrswende hinzubekom-men und die Klimakrise anzugehen‘.“<sup>65</sup>

**Von ziviler zu militärischer Produktion:** Die hier beschriebe-nen Beispiele erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, im Gegenteil lassen sich sicher viele weitere finden.<sup>66</sup> So ent-decken auch immer mehr vormals rein zivile Firmen ihr Herz für die Rüstung (und die dort zu verdienenden Milliarden). So etwa der Vileda-Hersteller Freudenberg, der nach der Be-schäftigung von Zwangsarbeitern zur Rüstungsproduktion im Zweiten Weltkrieg in den Statuten des Familienunternehmens Zulieferungen für die Verteidigungsindustrie bislang unter-sagte. Nun wird aber Firmenchef Mohsen Sohi mit den Wor-ten zitiert: „Das Thema muss besprochen werden. [...] Ich kann mir mit unseren 42 Marktsegmenten nicht vorstellen, dass wir nicht von dem geplanten Sondervermögen in Deutschland profitieren werden.“<sup>67</sup> Und auch beim Ditzinger Laserkonzern Trumpf, der in seiner 102jährigen Unterneh-mensgeschichte mit Rüstung bislang nichts am Hut hatte, fa-selt Aufsichtsratschef Peter Leibinger inzwischen davon, man müsse seinen „hötigen Beitrag zu einer wehrhaften Demokra-tie neu bewerten und damit den Wert der Verteidigungsfähig-keit und der notwendigen Güter innerlich bejahen.“<sup>68</sup>

Heidelberger Druckmaschinen will ebenfalls erstmals ins Rüs-tungsgeschäft einsteigen: „Das Projekt ist das erste des Kon-zerns im Verteidigungssektor. Das Unternehmen spricht be-reits seit einigen Monaten mit verschiedenen Firmen in der Branche. ‚Wer sich ein neues Geschäftsfeld in einem rasant wachsenden Markt erschließen will, dem bietet die Rüstungs-branche mittlerweile ein großes Potenzial‘, sagt Konzernchef Jürgen Otto. Ihm zufolge will das Unternehmen bis zum Ende des Jahres ‚idealerweise‘ noch drei bis vier weitere Partner-schaften ankündigen. Mit welchen anderen Rüstungsfirmen Heidel Druck im Gespräch ist, verriet er nicht. ‚Aber wir können in vielen möglichen Bereichen unterstützen. Wir sind darauf spezialisiert, in Deutschland schwere und komplexe Maschi-nen zu bauen und können die darin steckende Technologie liefern‘, sagt Otto.“<sup>69</sup>

60 „Frei werdende Teile des deutschen Automobilbaus könnten hier eine neue Zukunft finden“, Welt, 07.03.2025.

61 Görlitz: Bahnkonzern übergibt an Rüstungskonzern, Neues Deutschland, 03.02.2025.

62 120 Jobs weniger: Rüstungskonzern KNDS übernimmt Waggonbau in Gör-litz, mdr.de, 05.02.2025.

63 Rüstungskonzern übernimmt Alstom-Werk in Görlitz, tagesschau.de, 05.02.2025.

64 Panzerbauer KNDS will Werk in Görlitz übernehmen, Spiegel Online, 01.02.2025.

65 Görlitz: Bahnkonzern übergibt an Rüstungskonzern, Neues Deutschland, 03.02.2025.

66 Als weitere Beispiele für Firmen, die mit einem Einstieg ins Militärgeschäft liebäugeln, könnten der Automobil- und Industrielieferer Schaeffler oder auch Porsche genannt werden. Auch das Logistikstartup Fernride arbeitete bislang rein zivil, während andere Unternehmen, wie zum Beispiel Evonik oder Deutz, ihren bislang geringen Rüstungsanteil massiv ausbauen wol-len. Etwas anders gelagert ist die Übernahme der Leichtwerk AG durch Rheinmetall im August 2025, durch die das bislang vorrangig zivile Unter-nehmen nun vor allem an militärischen Projekten arbeiteten soll.

67 Vileda-Hersteller Freudenberg prüft Geschäft mit der Rüstung, Handels-blatt, 20.03.2025.

68 Die Rede von BDI-Chef Peter Leibinger im Wortlaut, Handelsblatt, 14.02.2025.

69 Heidelberger Druck steigt ins Rüstungsgeschäft ein, Handelsblatt, 29.07.2025.



## Umstellung auf Rüstungsproduktion: Volle politische Rückendeckung

Gerade die Umstellung vormals rein ziviler Unternehmen auf die Produktion von Militärgütern genießt volle politische Rückendeckung. Ein berektes Beispiel hierfür gab am 23. Juli 2025 der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, mit seiner Regierungserklärung zum Thema „Verteidigung und Resilienz“ ab. Den Unternehmen versprach Kretschmann darin Unterstützung, um den „Hochlauf der Produktion sicherstellen“ zu können. Dies erfordere „Planungssicherheit“, deshalb setze man sich auf Bundesebene „für schnellere Genehmigungsverfahren, einen erleichterten Kapitalzugang und ein effizienteres Beschaffungswesen ein.“ Und weiter: „Wir wollen, dass sich unsere Wirtschaft auf diesem Feld engagiert. Und deshalb möchte ich mich an dieser Stelle einmal konkret an die Unternehmerschaft unseres Landes wenden und Ihnen zusichern: Sie haben hier die volle Rückendeckung der Landesregierung. Sie haben sie dann, wenn Sie bereits im Bereich von Sicherheit und Verteidigung tätig sind. Und Sie haben sie dann, wenn Sie bislang rein zivil tätig sind und nun darüber nachdenken, auch einen Beitrag im Bereich Sicherheit und Verteidigung zu leisten. Auch das ist erwünscht, auch das ist gewollt.“<sup>70</sup>

**Von privat zu Staat:** Und noch ein letztes Phänomen muss hier erwähnt werden: der wieder gehäufte direkte staatliche Einstieg in neuralgische Rüstungsbetriebe. „Beteiligungen an den Firmen Airbus, MBDA Deutschland und Jenoptik gibt es schon lange. 2021 kaufte sich der Bund bei Hensoldt ein und erwarb dort eine Sperrminorität. Angestrebt wird eine solche Sperrminorität auch bei dem Unternehmen ESG, außerdem bei der Marinesparte von Thyssen-Krupp, die aus dem Konzern ausgliedert werden soll.“<sup>71</sup>

Mitte August wurde bezüglich der Abspaltung des Militärbereichs vom Thyssenkrupp-Mutterkonzerns Vollzug gemeldet, was dann den Weg für den im Oktober erfolgten Börsengang ebnete. Gleichzeitig erfolgte zwar kein Einstieg bei TKMS, der Staat sicherte sich aber ein Vorkaufsrecht: „Deutschlands größter Marineschiffbauer TKMS wird selbstständig und geht an die Börse. Die Aktionäre der Konzernmutter Thyssenkrupp haben bei einer außerordentlichen Hauptversammlung die Abspaltung der Sparte Thyssenkrupp Marine Systems

„Wir brauchen die Staatsbeteiligungen, davon bin ich fest überzeugt.“

(Boris Pistorius)

(TKMS) beschlossen. [...] In der Vergangenheit war auch über einen Einstieg des Bundes bei TKMS gesprochen worden. Geplant ist jetzt eine Sicherheitsvereinbarung, in der der Bund besondere Informations- und Konsultationsrechte bei sogenannten sensiblen Aktivitäten erhält. In einem Eckpunktetapier haben sich Thyssenkrupp und die Bundesregierung bereits auf Zustimmungs- und Vorkaufsrechte für den Bund geeinigt.“<sup>72</sup>

Im Juli 2025 wurde zudem über einen staatlichen Einstieg beim Panzerbauer KNDS spekuliert: „Einem ‚aktuell erwogenen Planspiel‘ zufolge würden der französische Staat und die Wegmann-Holding der beiden Familien beim noch dieses Jahr avisierten KNDS-Börsengang jeweils 12,5 Prozent der Aktien an neue Investoren abgeben. Darüber hinaus könnte die Bundesregierung von Wegmann eine Sperrminorität von 25,1 Prozent erwerben.“<sup>73</sup> Generell betonte Verteidigungsminister Boris Pistorius: „Wir brauchen die Staatsbeteiligungen, davon bin ich fest überzeugt – auch, um sicherzustellen, dass Know-how und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben.“<sup>74</sup>

Die hier präsentierte – und wie gesagt sicher nicht vollständige – Zahl an Beispielen kann wohl als Muster bezeichnet werden: Das Zeitalter der (erhofften) Rüstungskonversion ist offensichtlich vorbei. Im Gegenteil, die Rüstungsindustrie kann sich der vollen politischen Unterstützung gewiss sein, sowohl auf nationaler, besonders aber auch auf europäischer Ebene. Und das ist aus deutscher Sicht auch notwendig – denn nur im EU-Verbund ist es auch nur halbwegs realistisch ausreichende Stückzahlen zu erreichen, um auf Konfrontationskurs zu den anderen großen Akteuren gehen zu können, wie Olaf Scholz in seiner Zeit als Kanzler verdeutlichte: „Die wichtigsten Waffensysteme und vor allem auch Munition müssen kontinuierlich vom Band laufen. Wenn wir Europäer unsere Bestellungen bündeln, dann gelingt das.“<sup>75</sup>

70 Regierungserklärung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann Verteidigung und Resilienz am 23. Juli 2025 im Landtag von Baden-Württemberg.

71 Kirsch 2024, S. 17.

72 Rüstungsindustrie: Deutschlands größte Marinewerft TKMS wird eigenständig, *Tagesspiegel*, 08.08.2025.

73 Eigentümerfamilien wollen bei Panzerunternehmen KNDS aussteigen, *WirtschaftsWoche*, 18.07.2025.

74 „Wir müssen uns auf den Worst Case vorbereiten“, *Handelsblatt*, 05.10.2025.

75 Kanzler Scholz verlangt Politik der „Abschreckung“, *Spiegel Online*, 24.02.2024.

### 3. Europa und die „Ära der Aufrüstung“

Was für Deutschland mit Blick auf das Verhältnis zu den USA gilt, trifft auch auf die Europäische Union insgesamt zu: Traditionell dominierten hier eher die „Transatlantiker“, die lange vor allem von Großbritannien und später durch die meisten osteuropäischen Staaten vertreten wurden. Die Aufrüstung der Europäischen Union hat für sie zwar eine hohe Priorität, aber nur unter dem Vorbehalt einer weiterhin engen Verschränkung mit der NATO und den dort tonangebenden USA. Auf der anderen Seite stehen die von Frankreich angeführten „Gaullisten“, die seit einiger Zeit auch in Deutschland, das früher zumeist eine Mittelposition einnahm, und sogar in einigen osteuropäischen Staaten deutlich an Boden gewinnen. Sie wollen die Europäische Union als eigenständigen Akteur nicht nur gegen Russland und China, sondern zumindest potenziell auch gegen die USA militärisch in Stellung bringen.

Diese Entwicklung lässt sich auch anhand der vier zentralen EU-Strategiepapiere der letzten Jahrzehnte nachzeichnen: Die Europäische Sicherheitsstrategie (2003) enthielt zwar bereits den Anspruch auf eine Rolle als Global Player und eine Verabschiedung von der einstigen „Zivilmacht Europa“, schlug aber gegenüber Russland recht freundliche Töne an – von einer Konkurrenz unter den Großmächten war damals noch überhaupt keine Rede.<sup>76</sup> Mit der EU-Globalstrategie (2016) verschärfte sich der Ton gegenüber Moskau, der Aufbau „militärischer Spitzenfähigkeiten“ setzte damals aber noch auf eine vergleichsweise enge Anbindung an die NATO und damit an die USA. Der Strategische Kompass (2022) rückte dann endgültig die „Rückkehr der Machtpolitik“ ins Zentrum der Aufrüstungsbestrebungen, wobei neben Russland nun auch China deutlich stärker ins Blickfeld geriet. Auch zu den USA wurde (rüstungs-)politisch deutlich auf Distanz gegangen, indem eine Reihe von Projekten initiiert wurde, um die militärische Abhängigkeit von Washington spürbar zu reduzieren. Das wachsende Bedürfnis eigenständige („autonome“) Kapazitäten aufzubauen, speiste sich aus dem Interes-

se, im Falle sich weiter verschärfender Konflikte mit den USA notfalls auch auf Konfrontationskurs gehen zu können.<sup>77</sup>

Das Weißbuch zur europäischen Verteidigung (2025) ist der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung. Es enthält zudem ein ambitioniertes Maßnahmenpaket, über das die Mitgliedsstaaten in ihren Bemühungen, ihre Militärhaushalte zu steigern, unterstützt werden sollen. Geht es nach dem Vorschlag der EU-Kommission für den künftigen EU-Haushalt 2028 bis 2034 sollen diese nationalen Gelder künftig auch noch um deutlich gestiegene EU-Eigenmittel ergänzt werden.

#### 3.1 Weißbuch Verteidigung: Rüstungspolitischer Scheidungsantrag

Bereits Anfang März 2025 gab die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas angesichts der schärfer werdenden Konflikte mit den Vereinigten Staaten die (militärische) Marschrichtung vor: „[Es] wurde klar, dass die freie Welt einen neuen Anführer braucht. Es liegt an uns Europäern, diese Herausforderung anzunehmen.“<sup>78</sup> Unter Verweis, bei einem Abzug der USA nicht auf deren Fähigkeiten für Auseinandersetzungen mit Russland zurückgreifen zu können, sicher aber auch mit Blick darauf, dass eine große Abhängigkeit im Falle sich weiter verschärfender Konflikte mit Washington mindestens ebenso misslich wäre, gibt es nun massive Versuche, sich militärisch von den USA stärker abzunabeln. Das am 19. März 2025 veröffentlichte erste „Weißbuch zur europäischen Verteidigung“ der Europäischen Union überhaupt verleiht diesen Bestrebungen einen festen Rahmen. Für das Magazin Wehrtechnik steht es für einen „Paradigmenwechsel“ der Union, der sich in dem Bestreben ausdrücke, sich „von einem sicherheitspolitischen Juniorpartner zu einem strategischen Akteur zu entwickeln.“<sup>79</sup>

Zwar werden im Vorbeigehen auch andere Bedrohungen gestreift, vor allem China wird genannt, aber neben Russland als Hauptbedrohung spielt eigentlich nur ein weiterer Akteur eine nennenswerte Rolle: die USA. Prägnant wurde in der Süd-

76 „Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen. [...] Größere Angriffe gegen Mitgliedstaaten sind nunmehr unwahrscheinlich geworden.“ (Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12.12.2003, S. 2 und 4)

77 Wagner, Jürgen: Ein strategischer Kompass für Europas Rückkehr zur Machtpolitik, IMI-Studie 2022/4.

78 „Du bist nie allein, lieber Präsident“, *Süddeutsche Zeitung*, 01.03.2025.

79 Krieg, Lutz: ReArm Europe-Plan, Wehrtechnik, II-III/2025, S. 13.

## Großkonkurrenz im Wandel: Zwei Reden der Kommissions- präsidentin

Zwei Reden von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verdeutlichen den Positionswandel gegenüber den USA: Noch als deutsche Verteidigungsministerin forderte sie zwar bereits im Februar 2019 die Europäische Union müsse sich auf die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“ vorbereiten. Im Unterschied zu damals, als von der Leyen noch eine klare Zu- bzw. Unterordnung unter die NATO betonte, steht für sie zum Beispiel in ihrer programmatischen Karlspreisrede im Mai 2025 nun die – primär militärisch zu bewerkstellende – „europäische Unabhängigkeit“ im Vordergrund.

„Als politische Allianz fordert uns das herausstechende Merkmal der neuen Sicherheitslage: Die Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte. [...] Ob wir wollen oder nicht, Deutschland und Europa sind Teil dieses Konkurrenzkampfs. Wir sind nicht neutral. Wir stehen auf der Seite der Freiheit und der Menschenwürde. [...] Dafür steht die NATO seit 70 Jahren.“ (Ursula von der Leyen, Münchner Sicherheitskonferenz, 15.02.2019)

„Noch in dieser Dekade wird sich eine neue internationale Ordnung herauschälen. Wenn wir die Konsequenzen, die sich für Europa und die Welt daraus ergeben, nicht einfach hinnehmen wollen, dann müssen wir diese neue Ordnung gestalten. Die Geschichte verzeiht weder Zögern und Zaudern. Unser Auftrag heißt – europäische Unabhängigkeit. [...] Dass wir nun Finanzmittel in Höhe von bis zu 800 Milliarden EUR für Verteidigung ermöglichen, wäre noch vor wenigen Jahren unmöglich gewesen.“ (Ursula von der Leyen, Karlspreisrede, 29.05.2025)

deutschen Zeitung die diesbezügliche Stoßrichtung des EU-Weißbuchs mit den Worten beschrieben, man habe „rhetorisch dezent, in der Sache aber eindeutig“ eine „Art Scheidungsantrag für die amerikanisch-europäische Ehe“ formuliert: „Seite um Seite werden in dem Dokument Initiativen aufgelistet, mittels derer die EU-Kommission Europas Armeen stärker machen und die Rüstungsindustrie des Kontinents auf- und ausbauen will. Und der strategische Kontext, in dem das alles stattfinden soll, ist eben nicht nur die wachsende Bedrohung durch Russland. Sondern ganz wesentlich die Tatsache, dass Europa alleine verteidigungsfähig – sprich: unabhängig – werden muss, weil es sich auf die Unterstützung durch die USA im Ernstfall nicht mehr hundertprozentig verlassen kann.“<sup>80</sup>

Dass die transatlantischen Beziehungen im Keller sind, ist nun kein großes Geheimnis, das Ausmaß des Misstrauens wird aber vor allem in einem Entwurf des Weißbuchs offensichtlich, der den Stand wenige Tage vor der Veröffentlichung widerspiegelte.<sup>81</sup> Darin wird argumentiert, angesichts der „Hinwendung zur indopazifischen Region“ (sprich: der Auseinandersetzungen mit China) könne „Europa die Sicherheitsgarantie der USA nicht als selbstverständlich betrachten“ (WB-Entwurf 2025: S. 1). Es existiere eine „zu große Abhängigkeit vom Schutz der USA“, die sich schädlich auf die Fähigkeiten der Europäischen Union ausgewirkt habe, „sich zu verteidigen und eigenständig in seiner Nachbarschaft zu agieren“ (WB-Entwurf 2025: S. 4). Die nachfolgende Passage ist in dieser Deutlichkeit dann durchaus spektakulär, wird hier

Zwar werden im Vorbeigehen auch andere Bedrohungen gestreift, vor allem China wird genannt, aber neben Russland als Hauptbedrohung spielt eigentlich nur ein weiterer Akteur eine nennenswerte Rolle: die USA.

doch unmissverständlich der Bedarf formuliert, sich aus der diagnostizierten rüstungstechnologischen Umklammerung der USA zu lösen: „Die einzige Möglichkeit, diese Abhängigkeit zu überwinden besteht darin, die erforderlichen Kapazitäten über gemeinsame europäische Fähigkeitsprojekte zu entwickeln, besonders jetzt, da die USA ihre Herangehensweise überdenken und die Entscheidung in Betracht ziehen könnten, die Nutzung von Enablern [strategischen Kernfähigkeiten] einzuschränken oder sogar zu stoppen.“ (WB-Entwurf 2025: S. 4)

Ungeachtet der Tatsache, dass es stets die europäischen Kooperationsprogramme waren, die mit den größten Verzögerungen und absurdesten Kostensteigerungen daherkamen, gelten sie nun als Königsweg, um die rüstungstechnologische

<sup>80</sup> Europa bereitet die Scheidung von den USA vor, *Süddeutsche Zeitung*, 15.03.2025.

<sup>81</sup> Der Weißbuch-Entwurf wurde in diesem Artikel verlinkt: Jehin, Olivier: Un Livre blanc de la défense encore très brouillon. Avec deux jours pour revoir la copie, Bruxelles2, 17.03.2025 (zitiert als WB-Entwurf).



Dominanz der USA zu brechen. Der europäische Markt sei bislang „zu zersplittert“, was daran liege, dass die Staaten mit ihren Aufträgen „hauptsächlich auf die Inlandsmärkte ausgerichtet sind“ (Weißbuch 2025: S. 15). Stattdessen sollen Bestellungen zukünftig zu europaweiten Großprojekten gebündelt werden, um so die „Stückkosten durch die Nutzung europäischer Größenvorteile zu senken“ (Weißbuch 2025: S. 9).

Hierfür werden im Weißbuch sieben Kernbereiche ausgewiesen, in denen bislang nahezu ausnahmslos eine große Abhängigkeit von den USA besteht, die über die künftige Anbahnung europäischer Kooperationsprojekte reduziert werden soll: 1. Luft- und Raketenabwehr; 2. Artilleriesysteme; 3. Munition und Flugkörper; 4. Drohnen und Drohnenabwehrsysteme; 5. Militärische Mobilität; 6. KI, Quanteninformatik, Cyber- und elektronische Kriegsführung; 7. Strategische Enabler und Schutz kritischer Infrastruktur (Weißbuch 2025: S. 8f.). Im Entwurf war sogar noch ein detailliertes Verfahren beschrieben, wie künftig europäische Rüstungsprojekte in Schlüsselbereichen auf die Schiene gesetzt werden sollen: „Zuerst muss eine EU-Lösung angestrebt werden; zweitens soll, möglicherweise mit Unterstützung der EU, mit europäischen Lieferanten über die Reduzierung von Preisen und Lieferzeiten verhandelt und dabei das erforderliche Leistungsniveau sichergestellt werden; drittens sollten die Mitgliedstaaten bei Verteidigungssystemen, für die es keine EU-Lösung [...] gibt, in Erwägung ziehen, [...] die vollständige Kontrolle zu verlangen; parallel dazu sollte die EU viertens die Entwicklung gleichwertiger europäischer Technologien und Fähigkeiten unterstützen“ (WB-Entwurf 2025: S. 12).

Europaweite Großaufträge erfordern logischerweise die Fähigkeiten, die entsprechenden Stückzahlen auch herstellen zu können: „Ein massiver Ausbau der Produktionskapazitäten der europäischen Verteidigungsindustrie ist eine Voraussetzung dafür, dass die Mitgliedstaaten die kritischen Fähigkeiten erwerben können, die ihnen derzeit fehlen.“ (Weißbuch 2025: S. 16) Hierfür kündigte das Weißbuch an, es solle ein Omnibus-Paket für Verteidigung vorgelegt werden (siehe unten). Dabei gehe es unter anderem um die „Ermöglichung der raschen Erteilung von Bau- und Umweltgenehmigungen für Industrieprojekte im Verteidigungsbereich als vorrangige Angelegenheit von öffentlichem Interesse“ (Weißbuch 2025: S. 11). Augenscheinlich soll der Rüstungsindustrie der rote Teppich ausgerollt werden. Prägnant fasste dies EU-Rüstungskommissar Andrius Kubilius bei der Vorstellung des Weißbuchs folgendermaßen zusammen: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Verteidigungsindustrie ohne Hemmnisse wachsen kann.“<sup>82</sup>

Hierfür soll vor allem das Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) Sorge tragen (siehe unten). Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass auch genug Geld

Militärausgaben der EU-Länder	Mrd. Euro
2014	147
2015	151
2016	155
2017	164
2018	174
2019	186
2020	198
2021	214
2022	240
2023	279
2024	326
2025	392
20XX (3,5 % / BIP)	630 bis 680
20XX (5 % / BIP)	900 bis 970

Quelle: EU-Verteidigungsagentur / 2025 und 20XX  
Kommissionsschätzungen

vorhanden ist, um ein Ankurbeln der Produktion überhaupt erst zu ermöglichen. Denn eine Sache ist aus Sicht des Weißbuchs völlig unstrittig: „Es ist an der Zeit, dass Europa wieder aufrüstet. Für den Aufbau der erforderlichen Fähigkeiten und militärischen Bereitschaft zur glaubwürdigen Abschreckung bewaffneter Aggressionen und zur Sicherung unserer eigenen Zukunft ist eine massive Aufstockung der europäischen Verteidigungsausgaben erforderlich“ (Weißbuch 2025: S. 2).

## 3.2 Europas Plan zur Wiederaufrüstung

Ähnlich wie bei Deutschland, lässt sich auch für die anderen EU-Mitgliedsstaaten kaum ernsthaft von einer chronischen Unterfinanzierung des Militärbereichs sprechen. Legt man die Zahlen der EU-Verteidigungsagentur zugrunde, so stiegen die zusammengerechneten Militärhaushalte der EU-Mitgliedsstaaten von 147 Mrd. Euro (2014) über 214 Mrd. Euro (2021) auf 392 Mrd. Euro (2025) deutlich an (siehe Tabelle).<sup>83</sup>

Dennoch hat dies sämtliche EU-Mitglieder bis auf Spanien nicht davon abgehalten, sich im Juni 2025 auf das neue NATO-Ausgabenziel von 3,5% des BIP (plus 1,5% für militärrelevante Infrastruktur) zu verpflichten. Berechnungen der EU-Verteidigungsagentur zufolge, würde das Ausgaben von 630 Mrd. Euro (3,5%/BIP) bzw. 900 Mrd. Euro (5%/BIP) bedeuten. Vor diesem Hintergrund zielt der am 4. März 2025

82 Vice-President Kaja Kallas and Commissioner Andrius Kubilius on the White Paper for European Defence and the ReArm Europe Plan/Readiness 2030, Press conference, 19.03.2025.

83 Inflationsbereinigt fällt der Anstieg von 189 Mrd. Euro (2014) auf 381 Mrd. Euro (2025) immer noch deutlich aus. Siehe European Defence Agency: Defence Data 2024-2025. Die NATO-Ausgaben 2025 werden von dem Bündnis auf 1.588 Mrd. US-Dollar geschätzt.

von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen präsentierte Plan zur „Wiederaufrüstung Europas“ („ReArm Europe“), dessen zentrale Vorschläge dann kurz darauf im Weißbuch zur Europäischen Verteidigung übernommen wurden, nicht zuletzt darauf ab, die Mitgliedsstaaten dabei zu unterstützen, ihre nationalen Militärausgaben in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen.<sup>84</sup> Hierfür wurde folgendes Maßnahmenpaket vorgeschlagen:

**Punkt 1:** Es wurde ein europäisches Finanzierungsinstrument mit dem Namen SAFE („Security and Action for Europe“) im Umfang von 150 Mrd. Euro vorgeschlagen, das bereits am 29. Mai 2025 in Kraft trat. Darüber sollen den Mitgliedsstaaten zinsgünstige Darlehen für Investitionen im Verteidigungsbe- reich gegeben werden, was auch Rüstungsgüter für die Ukraine einschließt. Kredite sollen aber nur gewährt werden, wenn sich dabei mindestens zwei Staaten zusammentun<sup>85</sup> und es sich um Ankäufe im Bereich der oben erwähnten Weißbuch-Schlüsselfähigkeiten handelt. Parallel dazu legte die EU-Kommission gleich auch einen SAFE-Verordnungsvor- schlag vor, der die Möglichkeit eröffnet, SAFE-Projekte mit ei- ner Mehrwertsteuerbefreiung zu beglücken. Außerdem wird darin festgehalten, dass bei SAFE-Projekten mindestens 65 Prozent der Komponenten aus europäischer oder ukraini- scher Produktion stammen müssen und der Einfluss von Drittanbietern stark begrenzt wird.<sup>86</sup> Das Instrument scheint sich einiger Beliebtheit zu erfreuen: Lange vor dem Abgabe- schluss Ende November 2025 sollen laut Kommission bereits Anträge im Umfang von 127 Mrd. Euro von 18 Ländern einge- gangen sein.<sup>87</sup>

84 „Die Vorschläge konzentrieren sich darauf, wie alle uns zur Verfügung ste- henden finanziellen Möglichkeiten genutzt werden können, um die Mit- gliedsstaaten dabei zu unterstützen, die Ausgaben für Verteidigungsfähig- keiten schnell und beträchtlich zu erhöhen.“ (Europäische Kommission: Re- Arm Europe: Von der Leyen skizziert vor Europäischem Rat Plan zur Aufrüs- tung Europas, [Pressemitteilung](#), 04.03.2025)

85 Allerdings wurde eine Ausnahme aufgenommen: „Als Reaktion auf die aktu- elle geopolitische Lage und den dringenden Bedarf an massiven Investiti- onen in Verteidigungsgüter wird SAFE für einen begrenzten Zeitraum auch die Beschaffung durch nur einen einzelnen Mitgliedstaat erlauben.“ Es kön- nen sich zudem auch ein EU-Staat und ein assoziiertes Land zusamen- tun: „Für die Ukraine und für die dem EWR angehörenden EFTA-Staaten werden die gleichen Bedingungen gelten wie für Mitgliedstaaten. [...] Durch SAFE wird es auch Beitrittsländern, Kandidatenländern, potenziellen Kandi- datenländern und Ländern, die Sicherheits- und Verteidigungspartner- schaften mit der EU unterzeichnet haben, wie beispielsweise dem Vereinig- ten Königreich, ermöglicht, sich an gemeinsamen Beschaffungen zu betei- ligen.“ (Europäischer Rat: SAFE: Der Rat verabschiedet Fördermittel für die gemeinsame Beschaffung im Bereich der europäischen Sicherheit und Ver- teidigung in Höhe von 150 Mrd. €, [Pressemitteilung](#), 27.05.2025)

86 „Für Verteidigungsgüter, die im Rahmen gemeinsamer Beschaffungen mit einem Beitrag aus diesem Instrument erworben werden, sollte daher ge- mäß der Richtlinie 2006/122/EG eine vorübergehende Befreiung von der Mehrwertsteuer (MwSt) eingeführt werden. [...] Die Kosten für Komponen- ten mit Ursprung in der Union, in dem EWR angehörenden EFTA-Staaten oder in der Ukraine belaufen sich auf mindestens 65 % der geschätzten Kosten des Endprodukts.“ (Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES zur Festlegung des Instruments „Sicherheitsmaßnahmen für Europa“ (SAFE) durch die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie, COM (2025) 122, [Brüssel](#), 19.03.2025, S. 18 und 26)

87 European Commission: 18 initial Member States request at least €127 billi- on under the SAFE defence instrument, [Press release](#), 30.07.2025.

**Punkt 2:** Militärausgaben im Wert von bis zu 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes können mindestens für die nächsten vier Jahre von den Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Maastricht-Kriterien) ausgenommen wer- den. Dies soll nach Berechnungen der Kommission dabei hel- fen, die europaweiten Militärausgaben von aktuell rund 2% auf 3,5% des BIP anzuheben, was einer Gesamtsumme von 650 Mrd. Euro entspreche.<sup>88</sup>

**Punkt 3:** Weiter soll an die Mittel der Kohäsionsfonds gegang- en werden, die eigentlich über die Finanzierung von Um- welt- und Infrastrukturmaßnahmen in den ärmeren Mitglieds- ländern eine schrittweise Angleichung der Lebensverhältnis- se befördern sollen. Hier geht es für die ärmeren Mitglieds- länder um beträchtliche Mittel, die nun auch für Rüstungs- zwecke nutzbar gemacht werden sollen: Im aktuellen EU-Haushalt 2021 bis 2027 sind laut dem Fachportal Bruxel- les noch 204 Mrd. Euro unprogrammiert und könnten damit ganz oder teilweise umgelenkt werden.<sup>89</sup> Im Vorschlag der Kommission für den nächsten EU-Haushalt wurde generell die Möglichkeit eröffnet, derlei Mittel auch für militärrelevante Ausgaben zu verwenden (siehe unten).

**Punkt 4:** Die Europäische Investitionsbank (EIB) soll ebenfalls vor den Rüstungskarren gespannt werden. Lange war dies gänzlich tabu, dann erfolgte eine Öffnung für Güter mit dop- peltm Verwendungszweck (dual-use). Nun soll eine „Anpas- sung der Förderfähigkeitskriterien“ erfolgen, um sie „an die neuen politischen Prioritäten der EU anzupassen“ (Weißbuch 2025: S. 20). Noch im März 2025 wurde hier Vollzug gemel- det: „Zudem hatte die EIB den Kreis der förderfähigen Projek- te erweitert, indem sie die ihr verbotenen Förderaktivitäten ‚so eng wie möglich begrenzt‘ hat. De facto kann die EIB seit- dem nun praktisch alles außer Waffen und Munition finanzia- ren.“<sup>90</sup> In diesem Zusammenhang wurde auch eine Erhöhung für diese Zwecke zur Verfügung stehender Mittel angekün- digt: „Die Europäische Investitionsbank (EIB) verdreifacht ihr Finanzierungsprogramm für europäische Verteidigungszulie- ferer auf drei Milliarden Euro. [...] Die Verdreifachung des Vo- lumens spiegelt ein außerordentlich starkes Interesse von- seiten europäischer Geschäftsbanken wider, mithilfe von EIB-Mitteln Liquidität für Investitionen im Sektor freizusetzen, schreibt die EIB.“<sup>91</sup>

**Punkt 5:** Es soll verstärkt privates Investitionskapital gewon- nen werden. Das Weißbuch benennt explizit den Bedarf, bei

88 Bis Juli 2025 hatten 15 Mitgliedstaaten die Ausweichklausel beantragt: Bel- gien, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Grie- chenland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Portugal, die Slowakei und Slo- wenien. Siehe 15 pays de l'UE peuvent augmenter les dépenses de défense sans trop, [Bruxelles2](#), 08.07.2025.

89 La Commission propose de mobiliser les fonds de cohésion pour la défen- se, [Bruxelles2](#), 01.04.2025.

90 Wie Europas Banken die Rüstungsindustrie stärker finanzieren sollen, [Han- delsblatt](#), 11.06.2025.

91 EIB verdreifacht Finanzierungen für Zulieferer der Rüstungsindustrie, [hart- punkt.de](#), 11.06.2025.

den im Augenblick in Überarbeitung befindlichen Nachhaltigkeitskriterien mit einer „zusätzlichen Klarstellung“ zu gewährleisten, dass diese der „Finanzierung des Verteidigungssektors nicht“ entgegenstehen würden (Weißbuch 2025: S. 23). Hier zeichnen sich bereits jetzt „Erfolge“ ab, wie eine Bilanz des ersten Halbjahrs 2025 im Newsletter des Bundesverbands Investment und Asset Management e.V. (BVI) zeigt: „Infolge der Anpassung des ESG-Zielmarktkonzepts hat sich der nachhaltige Fondsmarkt in Deutschland stark verändert: Fonds mit Nachhaltigkeitsmerkmalen investieren deutlich häufiger in Unternehmen der Rüstungsbranche. Hintergrund ist, dass der bisherige Ausschluss der Anlage in Unternehmen, die mehr als 10 Prozent ihrer Umsätze aus Herstellung oder Vertrieb von Rüstungsgütern erzielen, gestrichen wurde.“<sup>92</sup>

**Punkt 6:** Die vorigen Punkte waren alle bereits in von der Leyens ReArm-Europe-Plan enthalten. Das Weißbuch fügte darüber hinaus noch den Bedarf hinzu, im nächsten EU-Haushalt 2028 bis 2034 die militärrelevanten EU-Eigenmittel deutlich zu erhöhen (Weißbuch 2025: S. 23).

### 3.3 EU-Haushalt 2028 bis 2034

Über viele Jahre war es keineswegs eine Selbstverständlichkeit, dass EU-Haushaltsgelder überhaupt für militärische Zwecke verwendet werden. Schließlich verbietet es Artikel 41(2) des EU-Vertrages, im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP), „Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ aus dem EU-Haushalt zu bestreiten. Doch dieses Verbot wurde über die Jahre immer weiter untergraben<sup>93</sup>, bis dann schließlich mit der Verankerung eines „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) im EU-Haushalt 2021 bis 2027 alle Dämme brachen.

Insgesamt wurden für den Verteidigungsfonds im Zeitraum 2021 bis 2027 rund 8 Mrd. Euro zur Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern bereitgestellt. Allerdings wurde die Vergabe von Geldern an die Bedingung geknüpft, dass mindestens drei Unternehmen aus drei Staaten beteiligt sind, wodurch Konzentrationsprozesse und die Herausbildung eines möglichst dichten europäischen Rüstungskomplexes befördert werden sollen.<sup>94</sup> Um etwaige juristische Vorbehalte zu

umschiffen, wurde der Verteidigungsfonds kurzerhand zu einer Maßnahme der Industriepolitik erklärt, wodurch aus der – mehr als fragwürdigen – Auffassung der Kommission, sämtliche rechtlichen Probleme umgangen wurden (siehe Kasten).

### EU-Militärhaushalte: Legal, illegal...

Das Verbot, militärische Maßnahmen aus dem EU-Haushalt zu finanzieren, bezieht sich auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Industrie-, Forschungs- oder Transportpolitik werden davon nicht tangiert, weshalb die Kommission auf die Idee verfiel, die Kompetenzgrundlage der diversen neuen Militärtöpfe in diese Bereiche zu verfrachten. Allerdings ist die Kommission nicht frei, sich dies nach Gusto auszusuchen – sollten bestimmte Maßnahmen primär dem Militärbereich dienen, können sie nicht einfach irgendwo anders zugeordnet werden. Deshalb beauftragte die Linksfraktion Gue/Ngl im EU-Parlament den Bremer Juraprofessor Andreas Fischer-Lescano mit einem Rechtsgutachten zum Europäischen Verteidigungsfonds, das am 30. November 2018 veröffentlicht wurde. Nach einer ausführlichen Prüfung gelangte Fischer-Lescano darin zu dem Ergebnis, der EVF-Verordnungsvorschlag (EVF-VO) der Kommission enthalte „keine hinreichende Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds“. Es sei eindeutig, dass hier militärische Belange im Vordergrund stünden, die wiederum dem Finanzierungsverbot aus Artikel 41(2) EUV unterlägen: „Kurzum: Es gibt im Inhalt und der Begründung der EVF-VO deutliche Indizien, dass die in der VO geregelte Industrie- und Forschungsförderung nur ein Mittel zum eigentlichen Zweck der Verteidigungsförderung darstellt und dass der Hauptzweck der EVF-VO darin liegt, die strategische Autonomie der EU im Bereich der Verteidigung zu gewährleisten“.<sup>95</sup> Obwohl also gravierende rechtliche Bedenken gegenüber dem Verteidigungsfonds (und den anderen Militärtöpfen) bestehen, liegt eine bereits 2021 von der Linkspartei beim Bundesverfassungsgericht eingereichte Klage weiter unbehandelt dort herum.<sup>96</sup>

92 BVI: Fokus Nachhaltigkeit H1/2025, August 2025.

93 So zum Beispiel über eine immer unverfrorenere Verwendung von Entwicklungshilfe- oder Forschungsgeldern für militärrelevante Belange. Siehe Wagner, Jürgen: EUropas ertüchtigende Entwicklungshilfe. Militärische Kontrollstrategie auf Kosten der Armutsbekämpfung, *Informationen zu Politik und Gesellschaft*, Nr. 14, November 2017.

94 „Die Maßnahme wird von Rechtsträgern durchgeführt, die in einem Konsortium von mindestens drei förderfähigen Rechtsträgern zusammenarbeiten, die wiederum in mindestens drei verschiedenen Mitgliedstaaten oder assoziierten Ländern niedergelassen sind.“ (Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 29. April 2021 zur *Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds* und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1092, Artikel 10(4))

95 Fischer-Lescano, Andreas: Rechtsgutachten zur Illegalität des Europäischen Verteidigungsfonds. Rechtsgutachten im Auftrag der Fraktion der GUE/NGL im EP, November 2028.

96 Linke klagt gegen Europäischen Verteidigungsfonds, Zeit online, 13.06.2025.



Ganz ähnlich wurde mit dem Budget für „Militärische Mobilität“ verfahren, das in den Transporthaushalt geschoben wurde. Allerdings geht es auch hier um einen primär militärischen Zweck, nämlich die Ertüchtigung der Infrastruktur für einen schnellen Transport von Gütern und Truppen an die russischen Grenzen. Hierfür wurden für denselben Zeitraum 2021 bis 2027 schlussendlich 1,69 Mrd. Euro ausgelobt. Neben weiteren Haushalten, in denen sich zumindest anteilig militärrelevante Ausgaben finden ließen (Weltraum, Forschung...) wurde mit der „Europäischen Friedensfazilität“ (EFF) ein weiteres reichlich dubioses Instrument geschaffen.

Die EFF dient der Finanzierung von EU-Militäreinsätzen und der Aufrüstung „befreundeter“ Akteure, wofür ursprünglich zwischen 2021 und 2027 5,7 Mrd. Euro vorgesehen waren. Die EFF wurde bewusst als „haushaltsexternes Finanzinstrument“ konzipiert, wodurch sie nicht Teil des EU-Haushalts ist, sondern mit Geldern der Einzelstaaten befüllt wird. Obwohl sie Beschlüsse finanziert, die auf EU-Ebene getroffen werden, soll sie durch dieses Konstrukt ebenfalls nach Auffassung der Kommission nicht von Artikel 41(2) des EU-Vertrages betroffen sein. Seit dem russischen Angriff entwickelte sich die EFF schnell zum zentralen europäischen Finanzierungsinstrument für Waffenlieferungen an die Ukraine, weshalb immer wieder Gelder nachgeschossen wurden, bis der Etat zuletzt auf rund 17 Mrd. Euro gestiegen war.<sup>97</sup>

In den Folgejahren kamen noch die Finanzinstrumente ASAP, EDIRPA und EDIP hinzu, die noch einmal sehr viel direktere Schritte in Richtung Kriegswirtschaft vorbereiteten und aus diesem Grund im folgenden Kapitel behandelt werden.

Ein Großteil dieser neuen Militärhaushalte soll im nächsten EU-Haushalt in einem einzigen Instrument aufgehen. Der von der EU-Kommission am 16. Juli 2025 präsentierte Vorschlag für den nächsten EU-Haushalt 2028 bis 2034 (Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR) hat es in sich: Das Gesamtbudget soll nach dem Willen der Kommission von rund 1.200 Mrd. Euro im laufenden auf 1.984 Mrd. Euro im kommenden Haushalt steigen.<sup>98</sup> Dabei soll es neben den Verwaltungskosten künftig nur noch drei große Posten geben: „Europa in der Welt“ (215 Mrd. Euro); „Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Sicherheit“ (590 Mrd. Euro); und „Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Landwirtschaft, ländlicher Raum und Meere, Wohlstand und Sicherheit“ (1.062 Mrd. Euro).<sup>99</sup>

97 Obergrenze der EU-Friedensfazilität bei 17 Milliarden Euro, [hib](#), 05.03.2025.

98 Diese auf den ersten Blick saftige Erhöhung fällt bei näherer Betrachtung etwas weniger drastisch aus. Denn die Kommission arbeitet mit laufenden Preisen, die Inflation ist also nicht herausgerechnet. Setzt man das Budget zum Beispiel ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung so soll es von 1,1 Prozent auf 1,26 Prozent deutlich moderater ansteigen. Darüber hinaus argumentiert die Kommission, ab 2028 müssten erstmals die Schulden des Corona-Fonds zurückbezahlt werden, würden diese jährlich wohl mindestens 24 Mrd. Euro herausgerechnet, würde sich das Budget um weitere 0,11 Prozent auf 1,15 Prozent der Wirtschaftsleistung reduzieren.

99 Inwieweit sich die Kommission bei derartigen Makroüberschriften, die sich dann dennoch in zahlreiche Unterpunkte auffächern, ernsthaft wie bean-

EU-Haushalt: Militärrelevante Töpfe (in Mrd. Euro)		
2021 bis 2027	2028 bis 2034	Budgetlinie
	131	Verteidigung & Weltraum
14,88		Weltraum
7,95		Verteidigungsfonds
1,5		EDIP
0,5		ASAP
0,3		EDIRPA
1,69	17	Militärische Mobilität
17	30	Friedensfazilität (haushaltsextern)

Quelle: Vorschlag der EU-Kommission vom 16. Juli 2025

In allen drei Bereichen finden sich zumindest potenziell militärrelevante Ausgaben, der Löwenanteil entfällt aber auf „Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Sicherheit“. Wie angedeutet, sollen sich dort die meisten bisherigen EU-Rüstungstöpfe (EVF, EDIRPA, ASAP und EDIP) in der mit 131 Mrd. Euro ausgestatteten Budgetlinie „Resilienz und Sicherheit, Verteidigungsindustrie und Weltraum“ wiederfinden. Die genaue Verteilung auf die einzelnen Bereiche ist aktuell noch unklar, dass es hier aber zu einer massiven Erhöhung gegenüber dem letzten EU-Haushalt kommen soll, ist offensichtlich – und ebenso, dass die Kommission hierüber erkenntlich zufrieden ist. In ihrer MFR-Pressem Mitteilung schreibt sie: „Der langfristige Haushalt wird zum Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion beitragen, die sich schützen, in Verbindung bleiben und bei Bedarf schnell handeln kann. Im Rahmen des Politikbereichs ‚Verteidigung und Weltraum‘ des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit werden 131 Mrd. EUR zur Unterstützung von Investitionen in Verteidigung, Sicherheit und Weltraum bereitgestellt, fünfmal mehr Mittel auf EU-Ebene als im vorangegangenen MFR.“<sup>100</sup>

Ebenfalls bei „Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Sicherheit“, allerdings dort im Transporthaushalt verortet, findet sich zudem die Budgetlinie „Militärische Mobilität“. Mit einer drastischen Erhöhung auf 17 Mrd. Euro (2021-2027: 1,69 Mrd. Euro) soll hier buchstäblich gegen Russland mobil gemacht werden, wie aus der Kommissionsmitteilung zum Haushaltsentwurf klar hervorgeht: „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, in militärische Mobilität zu investieren, um sicherzustellen, dass die Streitkräfte der Mitgliedstaaten schnell und mit ausreichender

spricht die Vereinfachung des Budgets auf die Fahne schreiben kann, sei hier einmal dahingestellt.

100 Europäische Kommission: Ein ambitionierter Haushalt für ein stärkeres Europa: 2028-2034, [Pressemittteilung](#), 16.07.2025.



Marinewerft TKMS aus Kiel wird vom Mutterkonzern Thyssenkrupp abgespalten und geht an die Börse.

Schlagkraft auf Krisen reagieren können, die an den Außen- grenzen der EU und auch weiter entfernt ausbrechen. [...] Investitionen im Bereich der Verkehrsnetze ausgerichtet. Entsprechende Investitionen werden den Transport von Truppen und Ausrüstung auf Schiene und Straße, über Flughäfen, Häfen und Binnenwasserstraßen sowie multimodale Terminals erleichtern.“<sup>101</sup>

Militär- bzw. rüstungsrelevant dürften auch Teile des Forschungshaushalts „Horizont Europa“ sein, der mit 176 Mrd. Euro ebenfalls üppig befüllt werden soll. Hierüber ließen sich in früheren Jahren stets auch sogenannte „dual-use-Projekte“ mit militärischem wie auch zivilem Verwendungszweck finanzieren.<sup>102</sup>

Im Bereich „Europa in der Welt“ könnten vor allem Teile der 3,4 Mrd. Euro für die Budgetlinie „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ militärrelevante Ausgaben enthalten, da hierüber ein großer Batzen der „zivilen“ EU-Einsätze bezahlt werden, die allerdings häufig durchaus mit recht robusten Elementen daherkommen.

Im größten Bereich, „Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt...“ fallen sofort die deutlich gestiegenen Posten für „Migration und Grenzmanagement“ mit 34,2 Mrd. Euro (2021-2027: 25,7 Mrd. Euro) sowie für die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX mit 11,9 Mrd. Euro (2021-2027: 5,6 Mrd. Euro) unangenehm ins Auge. Am Geld soll die zunehmend militariserte Grenzabschottung augenscheinlich nicht scheitern.

In diesem Budgetbereich verbirgt sich auch der wohl größte mögliche Verschiebeparkplatz in Richtung Aufrüstung – eine nun mögliche Verwendung der Kohäsionsfonds für militärische Belange, wie sie von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits in ihrem ReArm-Europe-Plan im März 2025 vorgeschlagen wurde. Wie oben bereits erwähnt, handelt es sich dabei um Gelder, die bislang stets für die Angleichung der Lebensumstände in den ärmeren Mitgliedsländern vorgesehen waren. Die Kohäsionsfonds sind mit 453 Mrd. Euro der größte Einzelposten im Kommissionsvorschlag, insofern ist es von großer Bedeutung, dass diese Gelder laut FAZ künftig relativ beliebig von der „Sozialpolitik bis zur Förderung der Rüstung und dem Kampf gegen die Wohnungsnot“ eingesetzt werden können sollen.<sup>103</sup> Die Kommission beschreibt dies in ihrer MRF-Pressemitteilung folgendermaßen: „Die Mitgliedstaaten und Regionen werden die Möglichkeit haben, auf freiwilliger Basis und entsprechend den regionalen Bedürfnissen und Prioritäten verteidigungsbezogene Projekte in ihren nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen zu unterstützen.“<sup>104</sup>

Außerhalb des MFR-Budgets sind zudem 100 Mrd. Euro für die Unterstützung der Ukraine angesiedelt (über deren Vergabe wiederum auf EU-Ebene entschieden wird). Es hat den Anschein, dass es hier vor allem um nicht-militärische Unterstützungsmaßnahmen gehen soll, da die Kommission aber den „flexiblen“ Charakter des Instruments betont, ist es nicht ausgeschlossen, dass davon auch Militärhilfe bezahlt werden könnte. Vorrangig dürfte für die militärische Unterstützung der Ukraine aber weiter die Europäische Friedensfazilität zuständig sein, schließlich soll deren Budget auf 30 Mrd. Euro (von 17 Mrd. Euro 2021-2027) ebenfalls deutlich erhöht werden.

<sup>101</sup> Mitteilung der Kommission: Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft – der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034, COM(2025) 570, Brüssel, 16.07.2025, S. 14.

<sup>102</sup> Bei Horizont Europa sind 6,4 Mrd. Euro für Verteidigungs- und Weltraumforschung eingestellt. Siehe ENAAT NBB #2025-4, 18 July 2025.

<sup>103</sup> Ein neues Schuldenpaket für die EU? FAZ, 17.07.2025.

<sup>104</sup> Europäische Kommission: Ein ambitionierter Haushalt für ein stärkeres Europa: 2028-2034, Pressemitteilung, 16.07.2025.

## 4. Kriegswirtschaft II: Europäische Union

Schon 2023 wurden mit ASAP (Produktion) und EDIRPA (Beschaffung) zwei weitere bahnbrechende Finanzinstrumente geschaffen, die allerdings zeitlich und funktional begrenzt waren. Anfang März 2024 setzte die Europäische Kommission dann mit einem weiteren Paket zum großen Wurf an, mit dem Finanzrahmen und Kompetenzen noch einmal deutlich erweitert werden sollen: „Das Paket besteht aus zwei Teilen, der ‚European Defense Industry Strategy‘ (Edis), die Ziele und Gründe der Initiative darlegt, und dem ‚European Defense Industry Programme‘ (Edip), dem eigentlichen Gesetzesvorschlag. Er ist, vorsichtig ausgedrückt, ambitioniert. ‚Edip ist das Programm für den Wechsel von der Friedensdividende zur Kriegswirtschaft‘, sagt ein EU-Beamter.“<sup>105</sup>

Es geht dabei um nicht weniger als die Fähigkeit zur „Massenproduktion“ von Rüstungsgütern, indem auf der Nachfrageseite durch die Bündelung der Bestellungen deutlich umfangreichere Auftragsmengen erzielt werden. Gleichzeitig soll die Angebotsseite beim Ausbau der Produktionskapazitäten unterstützt werden, damit sichergestellt ist, dass die entsprechenden Aufträge so weit als möglich in Europa verbleiben.<sup>106</sup> Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet die ansonsten neoliberal bis ins Mark daherkommende EU-Kommission damit Befugnisse erhalten will, um „Eingriffe in die Grundrechte der Unternehmen“ (EDIP 2024: Artikel 61) vornehmen zu können – augenscheinlich stoßen die vielbeschworenen Freiheiten des Marktes bei Aufrüstungsfragen inzwischen an ihre Grenzen.

### 4.1 EDIS: Massenproduktion durch Kriegswirtschaft

Die grundsätzliche Richtung weg von den USA wurde bereits vor der Wahl Donald Trumps von der EU-Kommission mit einer europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich (engl. EDIS) im März 2024 vorgegeben. Darin wurden die massiven Zuwächse der Rüstungsbudgets zwar begrüßt, als zentrales Problem aber identifiziert, dass die daraus resultierenden Aufträge vor allem ins Ausland gingen: Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine stammten 78 Prozent aller neuen Rüstungsgüter aus Ländern außerhalb der EU, allein 63 Prozent der Aufträge würden die USA einstreichen (EDIS 2024: S. 4).<sup>107</sup>

Um konkurrenzfähig zu sein, wird eine kritische Größe für notwendig erachtet, die augenblicklich bei weitem verfehlt wird. Als zentrale Ursache für die geringen Produktionszahlen gilt – auch dies klang bereits mehrfach an – schon seit vielen Jahren der fragmentierte europäische Rüstungssektor, der sich – ganz im Gegensatz zum riesigen US-Markt mit seinen wenigen Großkonzernen – auf zahlreiche Einzelstaaten und viele kleine bis mittlere Unternehmen verstreue: „Die anhaltende industrielle Fragmentierung entlang nationaler Trennlinien ist ebenfalls ein Hemmnis für die optimale Effizienz der Verteidigungsinvestitionen. Diese Tendenzen haben eine vergleichsweise deutlich geringere Größe und Präsenz des EU-Verteidigungsmarkts auf der Weltbühne sowie verstärkte

<sup>105</sup> Wie die Kommission die EU auf Kriegswirtschaft umstellen will, [Spiegel Online](#), 04.03.2025.

<sup>106</sup> Konkret geht es um folgende Dokumente: Eine neue europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich: Erreichen der Verteidigungsbereitschaft der EU durch eine reaktionsfähige und resiliente europäische Verteidigungsindustrie, [JOIN\(2024\) 10 final](#), Brüssels, 05.03.2024 (zitiert als EDIS) und Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern (EDIP), [COM\(2024\) 150 final](#), Brüssel, 05.03.2024 (zitiert als EDIP).

<sup>107</sup> Eine neue Auswertung des britischen IISS kommt zu dem Ergebnis, dass es um die EU-Rüstungsindustrie weit „besser“ bestellt ist, als es die Zahlen der Kommission nahelegen. Untersucht wurde der Zeitraum zwischen Februar 2022 und September 2024: „Der Gesamtwert dieser Verträge beläuft sich auf über 180 Mrd. US-Dollar. Das IISS schätzt, dass davon mindestens 94 Mrd. US-Dollar bzw. 52% für europäische Systeme und 61 Mrd. US-Dollar (bzw. 34%) für US-amerikanische Systeme ausgegeben wurden. 25 Mrd. US-Dollar (bzw. 14%) entfielen auf Systeme aus Brasilien, Israel und Südkorea. Die Gesamtverkäufe nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 gingen daher überwiegend an europäische Hersteller, wobei der Gesamtbetrag, der an Nicht-EU-Lieferanten vergeben wurde, rund 86 Mrd. US-Dollar oder 48% betrug.“ (Europas Rüstungsbeschaffung seit dem Ukrainekrieg: eine Neubewertung, [Military Balance Blog](#), 24.10.2024)



Abhängigkeiten von Drittländern zur Folge, wodurch die Fähigkeit der EDTIB [rüstungswirtschaftliche Basis], ihr Gewicht zur Geltung zu bringen, beeinträchtigt wird. [...] Da unsere Industrie in begrenzten Mengen für kleinere nationale Märkte produziert, leidet sie unter einem Wettbewerbsnachteil gegenüber Akteuren aus Drittländern.“ (EDIS 2024: S. 6 und 16)

Um hier Abhilfe zu schaffen, sollen künftig „die Bemühungen der Mitgliedstaaten, mehr, besser, gemeinsam und in Europa zu investieren, verstärkt und unterstützt werden“ (EDIS 2024: S. 2). Massenproduktion durch Kriegswirtschaft heißt die Devise: „Die Verteidigungsbereitschaft erfordert also mehr Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln. In Zeiten von Kriegshandlungen mit hoher Intensität bedarf dies der Fähigkeit, Verteidigungsgüter wie Munition, Drohnen, Luftabwehrraketen und -systeme, Tiefschlag- sowie Nachrichtengewinnungs-, Überwachungs- und Aufklärungsfähigkeiten in großem Umfang herzustellen und ihre rasche und ausreichende Verfügbarkeit zu gewährleisten. Um diese Massenproduktion zu ermöglichen, muss die Organisation der Verteidigungsindustrie weiterentwickelt werden. [...] Eine Industrie, die in neue Kapazitäten investiert und bereit ist, bei Bedarf zu einem für Kriegszeiten geeigneten Wirtschaftsmodell überzugehen, ist von entscheidender Bedeutung.“ (EDIS 2024: S. 4 und 8)

Allerdings sei man von dem bereits 2007 ausgegeben Ziel, mindestens 35 Prozent der Rüstungsgüter durch länderübergreifende Programme zu beschaffen, mit derzeit 18 Prozent meilenweit entfernt. Vor allem aber müsse der Anteil innereuropäisch vergebenen Rüstungsaufträge von derzeit 22 Prozent massiv ansteigen: „Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, stetige Fortschritte bei der Beschaffung zu erzielen, um bis 2030 mindestens 50 % und bis 2035 60 % ihrer Verteidigungsinvestitionen in der EU zu tätigen.“ (EDIS 2024: S. 18)

### 4.2 EDIP: Bündelung der Beschaffung

Für die Finanzierung gemeinsamer Beschaffungsprojekte wurde bereits im Oktober 2023 das „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung“ (engl. EDIRPA) geschaffen.<sup>108</sup> Mit EDIRPA wurde es erstmals möglich, länderübergreifende Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen mit insgesamt 300 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt zu bezuschussen (zwischenzeitlich waren deutlich größere Summen im Spiel). Auch wenn es hier erst einmal um vergleichsweise überschaubare Beträge mit einer Befristung bis Ende 2025 ging, gelang damit ein weiterer Türöffner, wie Michael Gahler (CDU), der außenpolitische Sprecher der

EVP-Fraktion im Europaparlament, hervorhob: „Die heutige Abstimmung markiert einen historischen Moment für die EU-Verteidigung und schafft das erste EU-Instrument für die gemeinsame Beschaffung durch die Mitgliedstaaten. [...] Angesichts einer historischen Krise kann EDIRPA jedoch nur ein Ausgangspunkt für eine weitaus ehrgeizigere gemeinsame Verteidigungsagenda sein.“<sup>109</sup>

Das Anfang März 2024 von der Kommission präsentierte Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (engl. EDIP) will sowohl die Beschaffung bündeln als auch die Produktionskapazitäten ausbauen. Was die angestrebten europäischen Großprogramme anbelangt, stellt sich augenscheinlich aber das Problem, dass viele Köche den Rüstungsbrei verderben. Das zeigt allein schon ein Blick in die Rüstungsberichte des Verteidigungsministeriums, in denen über Verspätungen und Kostensteigerungen informiert wird. In ihnen nehmen europäische Kooperationsprogramme regelmäßig Spitzenplätze ein, so weist das Transportflugzeug Airbus

Augenscheinlich stoßen die vielbeschworenen Freiheiten des Marktes bei Aufrüstungsfragen inzwischen an ihre Grenzen.

A400M eine Verspätung von 204 Monaten und Kostensteigerungen von 1,6 Mrd. Euro aus – nicht viel besser sieht es beim Eurofighter (mit AESA) aus, der zwar „nur“ 63 Monate zu spät, dafür aber 9 Mrd. Euro teurer als geplant ist. Selbst die erst im März 2021 begonnene Entwicklung der Eurodrohne (MALE RPAS) schaffte es bereits, eine Verzögerung von 18 Monaten und eine Verteuerung um 1,4 Mrd. Euro anzuhäufen.<sup>110</sup> Und auch bei den noch im Frühstadium befindlichen Großprojekten Kampfpanzer (MGCS) und Luftkampfsystem (FCAS) kommt es aufgrund harter Auseinandersetzungen um den Rüstungskuchen immer wieder zu Spekulationen, ob beide Projekte nicht eingestampft werden müssen.<sup>111</sup>

Diese Liste ließe sich noch fortsetzen, worin auch das Industrieprogramm ein wesentliches Hindernis für die Anbahnung europäischer Großprogramme sieht. „Kooperationsprogramme im Rüstungsbereich“ seien mit „Komplexität, Verzögerungen und Kostenüberschreitungen behaftet“, weshalb es eines

<sup>108</sup> Verordnung (EU) 2023/2418 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Oktober 2023 über die Einrichtung eines Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA).

<sup>109</sup> Europäisches Parlament: Stärkung der EU-Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung, [Pressemitteilung](#), 12.09.2023.

<sup>110</sup> Bundesministerium der Verteidigung: [19. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten](#), 30.04.2024. Ärgerlicherweise wurde die Berichterstattung über die Defizite der Bundeswehr-Großprojekte mit der 19. Auflage eingestellt.

<sup>111</sup> Achambault, Emil: How FCAS Can Move Forward, [DGAP Memo](#), 05.08.2025.



Versammelte Prominenz bei der Eröffnung der neuen Rheinmetall Munitionsfabrik in Unterlüß am 27. August 2025.

neuen Ansatzes bedürfe, „einen neuen Rechtsrahmen – die Struktur für das Europäische Rüstungsprogramm (SEAP) [...], um die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu unterstützen und zu stärken.“ (EDIP 2024: Artikel 31)

Diese Struktur für das Europäische Rüstungsprogramm (engl. SEAP) soll künftig länderübergreifende Beschaffungsprojekte harmonisieren und vereinfachen. Außerdem sollen darüber finanzielle Anreize gesetzt werden, sich überhaupt mit mindestens drei anderen EU-Mitgliedern (oder der Ukraine oder einem assoziierten Staat) beim Einkauf zusammenzutun: „Im Rahmen dieser Struktur für das europäische Rüstungsprogramm sollte es für die Mitgliedstaaten standardisierte Verfahren für die Einleitung und Verwaltung von Kooperationsprogrammen im Verteidigungsbereich geben. Bei einer Zusammenarbeit innerhalb dieses Rahmens sollten für die Mitgliedstaaten unter bestimmten Bedingungen auch ein erhöhter Finanzierungssatz, vereinfachte und harmonisierte Beschaffungsverfahren und – wenn die Mitgliedstaaten gemeinsam Eigentümer der beschafften Ausrüstung sind – eine Mehrwertsteuerbefreiung vorgesehen werden.“ (EDIP 2024: Artikel 32)

Während sich direkte Bezuschussungen aufgrund des – zunächst einmal – noch relativ kleinen EDIP-Budgets von 1,5 Mrd. Euro noch in finanziell halbwegs überschaubaren Dimensionen abspielen dürften, ist die Option zur Befreiung von der Mehrwertsteuer potentiell von großer Tragweite, besonders sollte sie den gesamten Lebenszyklus eines Rüstungs-

gutes umfassen.<sup>112</sup> So wurde in der Greenpeace-Studie „Flug ins Ungewisse“ am Beispiel des Luftkampfsystems FCAS auf Berechnungen hingewiesen, denen zufolge die Erforschung und Entwicklung (7%) nur einen vergleichsweise geringen Teil der Gesamtkosten verursachten, während die Beschaffung (28%) vor allem aber Betrieb und Unterhalt (64%) deutlich höher zu Buche schlagen würden. Daraus würden sich bei geschätzten Entwicklungskosten zwischen 50 und 100 Mrd. Euro und unter Berücksichtigung einiger weiterer Faktoren Gesamtkosten („Lebenszykluskosten“) zwischen 1.100 und 2.000 Mrd. Euro ergeben.<sup>113</sup>

Vor diesem Hintergrund könnte sich die Mehrwertsteuerbefreiung als überaus attraktiver Hebel für die Anbahnung europäischer Beschaffungsprogramme erweisen, was wiederum Konzentrationsprozesse und die Herausbildung eines europäischen Rüstungskomplexes forcieren soll.

<sup>112</sup> Aus der Formulierung des Rates bezüglich der Mehrwertsteuer geht nicht zweifelsfrei hervor, ob sie sich auf den gesamten Lebenszyklus erstreckt: „Die Struktur für ein europäisches Rüstungsprogramm (Structure for European Armament Programme – SEAP) wird unter anderem standardisierte Verfahren für die Einleitung und Verwaltung von Kooperationsprogrammen umfassen. Außerdem sieht sie eine MwSt-Befreiung für Ausrüstung vor, die gemäß diesem Rahmen beschafft wird.“ (Rat der Europäischen Union: Programm für die europäische Verteidigungsindustrie: Rat bereit für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, [Pressemitteilung](#), 23.06.2025)

<sup>113</sup> Pletsch, Marius: FCAS: Flug ins Ungewisse. Die teure Odyssee des Future Combat Air Systems, [Greenpeace](#), 21.12.2023.

### 4.3 EDIP: Ausbau der Produktion

Im Juli 2023 trat als Teil des EU-Munitionsplans die „Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Förderung der Munitionsproduktion“ (engl. ASAP) in Kraft.<sup>114</sup> Insgesamt wurden 1 Mrd. Euro, 500 Mio. aus dem EU-Haushalt und ebensoviel von den Mitgliedsstaaten, für Maßnahmen zum Ausbau der Munitionsproduktion bereitgestellt. Ähnlich wie EDIRPA hatte auch ASAP buchstäblich bahnbrechenden Charakter, wie der damalige Industriekommissar Thierry Breton zu Protokoll gab: „[Der Munitionsplan ist] beispiellos [und] zielt darauf ab, mit EU-Geldern den Ausbau unserer Verteidigungsindustrie für die Ukraine und für unsere eigene Sicherheit direkt zu unterstützen [...]. Um die Ukraine kurzfristig zu unterstützen, müssen wir weiterhin aus unseren Beständen liefern. Aber wir müssen auch die derzeitige Produktion neu priorisieren und sie vorrangig in die Ukraine leiten. [...] Aber wenn es um die Verteidigung geht, muss unsere Industrie jetzt in den Kriegswirtschaftsmodus wechseln.“<sup>115</sup>

Daran anknüpfend will EDIP die zeitliche (2025) und funktionelle (Munition) Beschränkung von ASAP überwinden: „Aus dem Programm sollte [eine] finanzielle Unterstützung für Maßnahmen bereitgestellt werden, die zur zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern beitragen, [...] einschließlich Reservierung und Lagerung von Verteidigungsgütern, Zugang zu Finanzmitteln für an der Herstellung maßgeblicher Verteidigungsgüter beteiligte Unternehmen, das Vorhalten von Fertigungskapazitäten (ständig einsetzbare Einrichtungen), industrielle Verfahren zur Aufbereitung veralteter Produkte, die Ausweitung, Optimierung, Modernisierung, Verbesserung oder Umwidmung vorhandener oder die Schaffung neuer Produktionskapazitäten in diesem Bereich sowie die Schulung von Personal.“ (EDIP 2024: Artikel 19)

Allerdings gehen die Pläne der Kommission noch weit hierüber hinaus. Ganz im Gegensatz zu ihren üblichen Gepflogenheiten ist sie bereit, im Rüstungssektor die Freiheit des Marktes und die der auf ihm operierenden Unternehmen empfindlich einzuschränken: „Die Vermeidung von Engpässen bei maßgeblichen Verteidigungsgütern ist von wesentlicher Bedeutung, um das im Allgemeininteresse liegende Ziel der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten zu wahren, und rechtfertigt erforderlichenfalls verhältnismäßige Eingriffe in die Grundrechte der Unternehmen, die krisenrelevante Güter bereitstellen, wie die unternehmerische Freiheit gemäß Artikel 16 der Charta und das Eigentumsrecht gemäß Artikel 17 der Charta nach Maßgabe des Artikels 52 der Charta.“ (EDIP 2024: Artikel 61)

Die Kommission will künftig alle Daten erheben, um mögliche Engpässe frühzeitig erkennen und möglichst beheben zu können.

nen. Sollte dies misslingen, will die Kommission – bei Auslösung einer Versorgungskrise – den Unternehmen faktisch vorschreiben können, was sie wie für wen zu produzieren haben: „Um sicherzustellen, dass die Betriebskontinuität kritischer Sektoren in Krisenzeiten gewährleistet bleibt, und nur wenn dies für diesen Zweck erforderlich und verhältnismäßig ist, könnten als letzte Möglichkeit einschlägige Unternehmen von der Kommission dazu verpflichtet werden, Aufträge für krisenrelevante Güter anzunehmen und vorrangig zu behandeln. [...] Die Verpflichtung zur Priorisierung sollte jeder anderen Erfüllungsverpflichtung nach privatem oder öffentlichem Recht vorgehen, ausgenommen Verpflichtungen, die direkt mit Militäraufträgen verbunden sind [...]“ (EDIP 2024: Artikel 62)

Eine Art Vorfahrt für die Rüstungsproduktion ist symptomatisch für den Schwenk Richtung Kriegswirtschaft.

Eine Art Vorfahrt für die Rüstungsproduktion ist symptomatisch für den Schwenk Richtung Kriegswirtschaft: „Aktiviert der Rat diese Maßnahme [...] kann ein Mitgliedstaat, der aufgrund von bestehenden oder ernstlich drohenden Knappheiten bei krisenrelevanten Gütern entweder bei der Erteilung eines Auftrags zur Versorgung mit Verteidigungsgütern oder bei dessen Ausführung mit gravierenden Schwierigkeiten konfrontiert ist oder konfrontiert sein könnte, wenn diese Schwierigkeiten die Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten untergraben können, die Kommission ersuchen, ein Unternehmen aufzufordern, bestimmte Aufträge über krisenrelevante Güter anzunehmen oder vorrangig zu behandeln (im Folgenden ‚vorrangige Ersuchen‘). Diese Ersuchen dürfen nur Verteidigungsgüter betreffen.“ (EDIP 2024: Artikel 50)

Was diese Passagen in letzter Konsequenz bedeuten könnten, bringt Spiegel Online folgendermaßen auf den Punkt: „Mit anderen Worten: Notfalls sollen EU-Firmen gezwungen werden können, ihre Produktion umzustellen. Selbst die Beschlagnahme von Rüstungsgütern erscheint unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen.“<sup>116</sup>

### 4.4 Fahrplan Richtung Kriegswirtschaft

Als Verordnung gilt EDIP nach in Kraft treten europaweit als geltendes Recht. Dies war ursprünglich für Anfang 2025 ge-

<sup>114</sup> Verordnung (EU) 2023/1525 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 20. Juli 2023 zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP).

<sup>115</sup> EU-Kommission will Munitionsherstellung ankurbeln, [euractiv.com](https://euractiv.com), 03.05.2023.

<sup>116</sup> Wie die Kommission die EU auf Kriegswirtschaft umstellen will, [Spiegel Online](https://www.spiegel.de), 04.03.2024.



plant, verzögerte sich aber aufgrund unterschiedlicher Positionen von Europäischem Parlament und Rat, deren Zustimmung neben dem der Kommission ebenfalls erforderlich war. Die grundsätzliche Entscheidung, Elemente einer Kriegswirtschaft einzuführen, war aber weitgehend unstrittig, sodass in den Trilog-Verhandlungen am 16. Oktober 2025 eine Einigung über EDIP erzielt wurde.<sup>117</sup>

Das Interesse an einer Verabschiedung von EDIP war wohl auch deshalb so groß, weil sich erste „Erfolge“ des Vorläufers kaum von der Hand weisen lassen. Der mit ASAP beförderte Ausbau der Munitionsproduktion sei zu weiten Teilen gelungen, so eine Untersuchung für die Financial Times. Mehr als sieben Millionen Quadratmeter neuer Industriegebiete seien durch die europäischen Waffenbauer seit 2022 erschlossen worden. Dabei habe die Analyse ergeben, dass Unternehmen, die eine Förderung über ASAP erhalten hätten, deutlich schneller expandierten als diejenigen, die leer ausgegangen seien.<sup>118</sup>

Wenn das die Resultate des vergleichsweise moderaten ASAP-Programms waren, droht mit EDIP und dann noch mehr mit den im nächsten EU-Haushalt in Aussicht stehenden Geldern ein massiver Schub in Richtung Kriegswirtschaft. Um dies weiter zu beschleunigen, veröffentlichten die Kommission und die Außenbeauftragte ebenfalls am 16. Oktober 2025 eine gemeinsame Mitteilung, die einen Fahrplan für die Umsetzung der wesentlichen Vorhaben im Weißbuch zur europäischen Verteidigung bis 2030 enthielt, einschließlich konkreter Zeitpläne und Zwischenschritte. Als Ziele wurden darin unter anderem ausgegeben, bis 2030 mindestens 55 Prozent der Rüstungsgüter aus einheimischer Produktion zu beschaffen (nicht wie noch bei EDIS „nur“ 50 Prozent) und bis zu diesem Zeitpunkt 600.000 Arbeitnehmer\*innen für Tätigkeiten im Rüstungssektor ausgebildet oder umgeschult zu haben: „Bis 2030 braucht Europa eine ausreichend starke Verteidigungsposition, um seine Gegner glaubwürdig abzuschrecken und auf jede Aggression reagieren zu können. Um ‚2030 bereit‘ zu sein, muss Europa jetzt handeln. [...] Verteidigungsbereitschaft bedeutet, die für die moderne Kriegsführung erforderlichen Fähigkeiten zu entwickeln und zu erwerben. Es bedeutet, sicherzustellen, dass Europa über eine Verteidigungsindustrie verfügt, die ihm einen strategischen Vorteil und die erforderliche Unabhängigkeit verschafft. Und es bedeutet, bereit zu sein, in kritischen Zeiten innovative Spitzenprodukte und eine schnelle Massenproduktion zu liefern.“<sup>119</sup>

## Omnibus: Vereinfachte Genehmigungen

Am 17. Juni 2025 legte die Kommission ein Omnibus-Verteidigungspaket vor, zu dem auch der „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Projekte zur Verteidigungsbereitschaft“ gehört.<sup>120</sup> Ein „entscheidender Aspekt dieser Bemühungen“ zur Steigerung der militärischen Fähigkeiten sei „die Notwendigkeit, die Kapazitäten der Union für die Produktion von Verteidigungsgütern zu erhöhen.“ (Omnibus 2025: Absatz 1) Und hierfür sei wiederum die „Vereinfachung und Harmonisierung der Rechtsvorschriften von wesentlicher Bedeutung.“ (Omnibus 2025: Absatz 1) Vor allem auf die Genehmigungsverfahren in den Mitgliedsstaaten wird dabei abgezielt, die „langwierig und umständlich“ seien (Omnibus 2025: Absatz 3). Beschleunigt werden soll so gut wie alles, was der Aufrüstung diene: „Ziel ist es, die Genehmigungsfristen für verteidigungsindustrielle Tätigkeiten, einschließlich des Baus neuer Anlagen und damit verbundener Infrastrukturen, des Ausbaus bestehender Anlagen, der Einrichtung von Teststandorten, der Ausbildung und der Zertifizierung, zu verkürzen und gleichzeitig auf bestehenden geltenden Bestimmungen aufzubauen und diese zu erweitern.“ (Omnibus 2025: Absatz 9) Der Clou an der Sache: Die Mitgliedsstaaten werden darauf verpflichtet, rüstungsrelevante Genehmigungen in kürzester Zeit zu erteilen – sind sie zu langsam, gilt die Erlaubnis automatisch als erteilt: „Das Genehmigungsverfahren für Projekte zur Verteidigungsbereitschaft einschließlich der Erteilung der einschlägigen Genehmigung darf 60 Tage nicht überschreiten. [...] Unterrichtet die zentrale Anlaufstelle den Projektträger nicht innerhalb der in Absatz 1 festgelegten Frist [...], so sind die beantragten Genehmigungen als erteilt zu erachten.“ (Omnibus 2025: Artikel 5, Absatz 1 und 8)

<sup>120</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Projekte zur Verteidigungsbereitschaft, COM(2025) 821, Straßburg, 17.06.2025 (zitiert als Omnibus).

<sup>117</sup> Wichtigster Streitpunkt war wie so häufig das Geld: Während der Rat ebenfalls ein Budget von 1,5 Mrd. Euro wollte, schwebten dem Parlament 15 Mrd. Euro (plus weiteren 5 Mrd. Euro für den Aufbau ukrainischer Kapazitäten) vor. Am Ende setzte sich die Position des Rates durch. Siehe [Décryptage] EDIP, le projet de programme industriel sur la table des négociateurs, *Bruxelles2*, 28.07.2025.

<sup>118</sup> Europe builds for war as arms factories expand at triple speed, *Financial Times*, 11.08.2025.

<sup>119</sup> Preserving Peace - Defence Readiness Roadmap 2030, JOIN(2025) 27 final, Brussels, 16.10.2025.

# 5. Kriegswirtschaft: Risiken & Nebenwirkungen

**G**erade aufgrund seiner gewaltigen Dimensionen gilt es die Annahmen bzw. Rechtfertigungen, mit denen der aktuelle Rüstungsschub begründet wird, kritisch zu hinterfragen. Sicherheitspolitisch wird dabei auf die Behauptung gesetzt, Russland hätte sowohl die finanziellen und materiellen Möglichkeiten als auch den Willen, NATO-Territorium anzugreifen. Und ökonomisch wird versucht, die Umstellung auf Kriegswirtschaft als neues Wachstumsmodell zu verkaufen. Beides sind friedenspolitische wie auch wirtschaftliche Irrwege, die schleunigsten verlassen werden müssen.

## 5.1 Blanker Unfug: Argumente für Aufrüstung

Wer im Weißbuch zur europäischen Verteidigung nach Begründungen für die ausgerufene „Ära der Aufrüstung“ sucht, stolpert vermutlich schnell über eine Stelle, die behauptet, die Militärausgaben der EU-Länder lägen „unter denen Russlands“ (Weißbuch 2025: S. 20).<sup>121</sup> Tatsächlich weist die Military Balance für 2024 aber russische Militärausgaben von „nur“ 145,9 Mrd. Dollar aus. Nur über den Klimmzug, kaufkraftbereinigte Zahlen anzugeben, kommt Russland 2024 – übrigens auch dann erst zum allerersten Mal – mit 462 Mrd. Dollar auf eine größere Summe als die EU-Staaten (während die europäischen NATO-Staaten im Übrigen mit 484,2 Mrd. Dollar immer noch darüber liegen).<sup>122</sup> Kaufkraftbereinigte Zahlen sind aber alles andere als unproblematisch: Die Military Balance gibt selber an, sie könne für die EU-Staaten keine zur Verfügung stellen und das renommierte Friedensforschungsinstitut SIPRI erachtet kaufkraftbereinigte Zahlen generell als ungeeignet, weil sich die Berechnungsgrundlage ziviler Güter und Dienstleistungen zu stark von militärischen unterschei-

den würden.<sup>123</sup> Und selbst wenn man kaufkraftbereinigte Zahlen nimmt, haben die europäischen NATO-Staaten seit 2014 weit über 1.000 Mrd. Dollar mehr als Russland in das Militär gesteckt.<sup>124</sup> Wie erwähnt: Bei heutiger Umsetzung hätte das 5%-Ziel EU-Militärausgaben von 900 Mrd. Euro zur Folge – zum Vergleich: Der gesamte russische Staatshaushalt wurde für 2025 mit rund 410 Mrd. Euro veranschlagt.<sup>125</sup>

Die geplanten Erhöhungen der Militärhaushalte lassen sich über den Verweis auf Russland also nur schwer rechtfertigen, zumal die Kräfteverhältnisse bereits heute selbst ohne die USA eklatant zugunsten der europäischen Staaten ausfallen. Trotzdem warnt etwa der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, dass Russland spätestens bis 2029 zu einem „großmaßstäblichen Krieg gegen Bündnisgebiet, wie wir es nennen, in der Lage wäre.“<sup>126</sup> Immer wieder ist in diesem Zusammenhang von einem internen Nato-Papier die Rede, demzufolge Russland spätestens ab 2029 hierzu willens und in der Lage sei. Der ansonsten eher zu den Hardlinern zählende Professor an der Bundeswehruniversität München, Carlo Masala, findet hierzu überaus deutliche Worte: „Niemand hat es [das NATO-Papier] lesen können. Ohnehin wird die Zahl 2029 von Politikern strategisch genutzt. Sie müssen sagen, dass Russland 2029 einen Krieg führen könnte, um die Menschen auf höhere Verteidigungsmaßnahmen einzustimmen. [...] Ein russischer Einmarsch in Deutschland ist für mich ausgeschlossen.“<sup>127</sup>

Selbst wenn der Wille zu einem großangelegten Angriff vorhanden wäre, mangelt es Russland an den Mitteln. Für eine „erfolgreiche“ Offensive wird davon ausgegangen, dass eine Überlegenheit von mindestens 3:1 benötigt wird (für die Einnahme von Städten sogar 6:1). Ein in einer Greenpeace-Studie vom November 2024 angestellter Vergleich ergibt aber bei allen militärischen Großgeräten (außer Atomwaffen) eine Überlegenheit der europäischen NATO-Staaten gegenüber

121 Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030, JOIN(2025) 120, Brüssel, 19.03.2025.

122 Global defence spending soars to new high, **Military Balance Blog**, 12.02.2025. Die Weltbank rechnet wiederum mit anderen kaufkraftbereinigten Zahlen, die etwa in einer Studie der SWP verwendet wurden: „Nach aktuellem Wechselkurs entspricht das 130 Milliarden Euro. Diese Zahl mag angesichts des Krieges in der Ukraine gering erscheinen, allerdings ist die Kaufkraft der Ausgaben in Russland weitaus größer. Auf deutsche Verhältnisse übertragen, würde der russische Verteidigungsetat näherungsweise 350 Milliarden Euro umfassen.“ (Kluge, Janis: Russlands Wirtschaft am Wendepunkt, **SWP-Aktuell**, 26.11.2024, S. 1)

123 <https://www.sipri.org/databases/milex/frequently-asked-questions#PPP>.

124 Mehr als eine sehr grobe Schätzung ist nicht möglich, da die Military Balance nicht durchgängig kaufkraftbereinigte Zahlen angegeben hat.

125 Milliarden für ein weiteres Kriegsjahr, **tagesschau.de**, 21.11.2024.

126 „Russland bereitet sich auf großen Krieg vor“, **bild.de**, 20.03.2025.

127 Der Russe kommt. Vielleicht, **Zeit Online**, 26.05.2025.

## Vergleich westlicher und russischer Militärkapazitäten

	NATO	NATO ohne USA	EU & GB & Norwegen	Russland
Personal (in Mio.)	3,24	1,93	1,50	1,10
Panzer	9.437	6.791	4.401	2.900
Gep. Fahrzeuge	10.157	7.357	6.263	3.790
Artillerie	20.482	15.421	12.334	6.090
Kampfflugzeuge	6.016	2.680	2.031	1.387

Quelle: Hoffmann, Hellmut: Waffenstarre statt Diplomatie: Versagt Europa in der Sicherheitspolitik? Telepolis, 06.08.2025 auf Basis der Zahlen aus Military Balance 2025.

Russland in etwa um den Faktor drei.<sup>128</sup> Auch die neuesten Zahlen der Military Balance bestätigen diese deutliche Überlegenheit selbst für den Fall, dass nur die Fähigkeiten der EU, Norwegens und Großbritanniens berücksichtigt würden (siehe Tabelle). Der Ex-Diplomat Hellmut Hoffmann kommt daher zu dem vernichtenden Urteil, ein Vergleich der Kapazitäten zeige, „dass die andauernd kolportierte Behauptung hoffnungsloser europäischer Unterlegenheit“ nichts anderes als „eine Legende zur Beförderung forcierter Aufrüstungspolitik ist“, die einer „europäischen Selbstermächtigungsagenda“ diene.<sup>129</sup>

Angesichts der drückenden Überlegenheit der NATO käme ein russischer Angriff einem suizidalen Verhalten gleich, meint auch August Pradetto, ein emeritierter Professor der Bundeswehr-Universität in Hamburg: „Die russischen Streitkräfte sind trotz höchster Anstrengung in den letzten drei Jahren gegen die vergleichsweise schwache ukrainische Armee nicht weiter als 100 Kilometer vorgedrungen und dort stecken geblieben. [...] Russland hat überhaupt keine Kapazitäten, um ein NATO-Land anzugreifen. [...] Der gegenwärtige Panikmodus und der Überbietungswettbewerb in Fragen der Aufrüstung ist völlig verfehlt. [...] Das Dümme, das wir machen können, ist, uns selbst totzurüsten.“<sup>130</sup>

Inzwischen räumen wie erwähnt selbst Hardliner wie Carlo Masala ein, ein russischer Großangriff sei mehr als unwahrscheinlich – das hält sie allerdings nicht davon ab, weiter Unsummen in die Rüstung pumpen zu wollen. Deswegen geht zum Beispiel Masala mit dem „Narwa-Szenario“ hausieren. Russland könne Nadelstiche versuchen, etwa die Einnahme der estnischen Grenzstadt Narwa, die dann durch eine Drohung mit Atomschlägen abgesichert werde, um so die NATO zu testen. Darauf erwidert Ex-Diplomat Hoffmann: „Warum

Moskau für einen territorial unerheblichen und politisch hochgradig hypothetischen Gewinn nun plötzlich doch einen Krieg mit der Nato riskieren sollte, bleibt ebenso unklar, wie die Antwort auf die Frage, inwieweit weitere Aufrüstung von 32 bereits klar überlegenen Nato-Staaten ein Jota an dem durch eine Nukleardrohung aufgeworfenen Entscheidungsdilemma der Nato ändern würde.“<sup>131</sup> Als zweites Szenario, unterhalb des viel beschworenen Großangriffs wird vor hybrider Kriegsführung gewarnt (Cyberattacken, Sabotage, Drohnenüberflüge, Auftragsmorde, False-flag-Anschläge, Desinformation, Unterstützung populistischer Bewegungen etc.). Auch hier erschließt sich aber nicht, wie der aktuelle Rüstungsschub davor schützen soll, wie erneut Hellmut Hoffmann kritisiert: „Welchen Beitrag forcierte Aufrüstung, insbesondere mit exorbitant teurem Großgerät (Ein Eurofighter kostet 100 Millionen Euro), zur Abwehr dieser Gefahren leisten soll, wüsste man gern.“<sup>132</sup>

Die geplanten Erhöhungen der Militärhaushalte lassen sich über den Verweis auf Russland also nur schwer rechtfertigen.

Dementsprechend hieß es in der bereits erwähnten Greenpeace-Studie im November 2024: „Die Analyse der militärischen Kapazitäten der Nato und Russlands lässt keinen Zweifel an der allgemeinen militärischen Überlegenheit der Nato. [...] Die Notwendigkeit, in Deutschland die Militärausgaben weiter und dauerhaft zu erhöhen und dabei – in logischer Konsequenz – andere essenzielle Bereiche wie Soziales, Bildung oder ökologische Transformation nicht ausreichend zu finanzieren, lässt sich daraus nicht ableiten.“<sup>133</sup>

<sup>128</sup> Wulf, Herbert/Steinmetz, Christopher: Wann ist genug genug? Greenpeace, November 2024.

<sup>129</sup> Hoffmann, Hellmut: Waffenstarre statt Diplomatie: Versagt Europa in der Sicherheitspolitik? Telepolis, 06.08.2025.

<sup>130</sup> „Wir brauchen keine Aufrüstung, die russische Armee ist ausgeblutet“, freitag.de, 06.03.2025.

<sup>131</sup> Hoffmann 2025.

<sup>132</sup> Hoffmann 2025.

<sup>133</sup> Wulf, Herbert/Steinmetz, Christopher: Wann ist genug genug? (Vorwort), Greenpeace, November 2024, S. 6.





Aus der Geschichte nichts gelernt. Schon zuvor hat Europa auf wirtschaftlichen Aufschwung durch Aufrüstung gesetzt. Es endete bekanntlich in zwei Weltkriegen mit Millionen Toten. Foto: Arbeiterinnen geleiten 6-Zoll-Haubitzenhülsen auf den Boden in der Chilwell-Munitionsfabrik in Nottinghamshire, Großbritannien, 1917.



## 5.2 Neues Wachstumsmodell oder Schuldenkrise mit Ansage?

Immer weniger Menschen dürften die bisherigen Erklärungen einleuchten, weshalb man meint, sich zugunsten der Militärausgaben bis über beide Ohren verschulden zu müssen. Deshalb wird inzwischen neben sicherheitspolitischen Erwägungen immer stärker auch auf ökonomische Gründe verwiesen, weshalb hohe Rüstungsausgaben eine geradezu segensreiche Angelegenheit wären. Gänzlich neu ist das allerdings nicht, die EU-Kommission hantiert schon lange mit derlei Rechtfertigungen herum: „Investitionen im Verteidigungsbereich haben einen erheblichen wirtschaftlichen Multiplikatoreffekt, was die Gründung von Spin-offs, Technologietransfers auf andere Wirtschaftszweige sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft.“<sup>134</sup>

Ganz ähnliche Argumente werden in jüngster Zeit vor allem auch in Deutschland buchstäblich ins Feld geführt, um die Umstellung auf Kriegswirtschaft als ein neues Wachstums- und Erfolgsmodell zu verkaufen. In einem „Olivgrünen Wirtschaftswunder“ läge der Ausweg für das in die Krise geratene Industriemodell.<sup>135</sup> Ganz vorne mit dabei ist hier das arbeitgebernahe „Kieler Institut für Weltwirtschaft“ (IfW), das vehement für Aufrüstung plädiert<sup>136</sup> und gleichzeitig die „Vorteile“ hoher Militärausgaben großzügig zurechnet.

Zentral war hier eine im Februar 2025 pünktlich zur Münchner Sicherheitskonferenz veröffentlichte Studie mit dem Titel „Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben“.<sup>137</sup> Aufrüstung tut – zumindest der Wirtschaft – gut, so lautet die Kernbotschaft der von Ethan Ilzetki, Professor an der London School of Economics, verfassten Studie. Zentrale Ergebnisse der Arbeit werden in der entsprechenden Pressemitteilung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft folgendermaßen wiedergegeben: „Ein neuer Report des IfW Kiel zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,9 bis 1,5 Prozent im Jahr steigen könnte, wenn die EU-Staaten in dem entsprechenden Jahr ihre Militärausgaben vom NATO-Ziel von 2 Prozent auf 3,5 Prozent des BIP anheben und von überwiegend US-amerikanischen auf heimische Hightech-Waffen umsteigen würden.“<sup>138</sup> Ergo sei es auch kein

Problem, wie aktuell praktiziert, Unsummen in die Rüstung umzuleiten – im Gegenteil: „Das bedeutet, dass Europa über seine Militärausgaben im Lichte seiner Prioritäten für die regionale Sicherheit entscheiden kann, ohne sich von der Angst vor einer wirtschaftlichen Katastrophe ablenken zu lassen.“<sup>139</sup>

Ein Multiplikator von 0,9 bis 1,5 ist allerdings weit am oberen Ende bisheriger Untersuchungen zum Thema angesiedelt, wie kritische Stimmen anmerken: „In den Studien, die die Verteidigungsausgaben isoliert oder auch stellvertretend für alle Staatsausgaben untersuchen, finden die Wissenschaftler im Allgemeinen einen Multiplikator zwischen 0,6 und 1,2 – was bedeutet, dass eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 1 Dollar zu einem Anstieg des BIP zwischen 0,60 Dollar und 1,20 Dollar führen würde. [...] Interessanterweise befinden sich die Multiplikatoren für Verteidigungsausgaben in neueren Studien eher am unteren Ende des Spektrums.“<sup>140</sup> Tom Krebs und Patrick Kaczmarczyk kommen in ihrer Studie „Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland“ vom Juni 2025 auf noch einmal deutlich niedrigere Werte: „Der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben dürfte in Deutschland höchstens bei 0,5 liegen, mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt er sogar weit darunter.“<sup>141</sup>

Die Prognosen der Kieler-Studie (und noch manch anderer Akteure) hängen vor allem mit zwei problematischen Annahmen zusammen: Einmal, dass es zu erheblichen „Spin-Offs“ kommen werde, womit technologische Innovationen gemeint sind, die vom Rüstungssektor eingeführt werden und danach massiv zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beitragen.<sup>142</sup> Dieses Phänomen existiert allerdings lediglich in der Phantasie der Rüstungsbefürworter – oder in der Vergangenheit. Heute sind technologische Innovationen fast ausschließlich Sache ziviler Akteure, der sich dann Militär und Rüstung bedienen: „Innovation findet sich immer weniger in staatlich finanzierten Verteidigungsprogrammen und immer mehr auf dem kommerziellen Markt.“<sup>143</sup>

Auch mit der zweiten Annahme, der eines olivgrünen Jobwunders, ist es nicht allzu weit her. Richtig ist natürlich, dass in der deutschen Rüstungsindustrie die Arbeitsplätze in den letzten Jahren deutlich steigen: Allein Rheinmetall, Diehl Defence, Thyssenkrupp Marine Systems und MBDA haben rund 16.500 zusätzliche Stellen geschaffen und wollen bis 2026

134 Mitteilung der Kommission: Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan, COM (2016) 950, Brüssel, 30.11.2016, S. 3.

135 Olk, Julian: Es kann ein olivgrünes Wirtschaftswunder geben, Handelsblatt, 06.03.2025.

136 Bereits im Februar 2025 plädierte das IfW in einer zusammen mit der Denkfabrik Bruegel erstellten Studie, europaweit müssten, um einen eventuellen Ausfall von US-Fähigkeiten zu kompensieren, 50 zusätzliche Brigaden mit insgesamt 300.000 Soldat\*innen aufgestellt und die Militärausgaben auf 3,5% bis 4% des BIP gesteigert werden. (Burlikov, Alexandr/Wolff, Guntram: Europa ohne die USA verteidigen: eine erste Analyse, was gebraucht wird, Kiel Policy Brief, 2/2025)

137 Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben, Institut für Weltwirtschaft Kiel, 14.02.2025.

138 Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben, Institut für Weltwirtschaft Kiel, 14.02.2025.

139 Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben, Institut für Weltwirtschaft Kiel, 14.02.2025.

140 Grunert, Günther: Ein olivgrünes Wirtschaftswunder?, Makroskop, 26.03.2025.

141 Krebs, Tom/Kaczmarczyk, Patrick: Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland, Universität Mannheim, Juni 2025, S. 21.

142 Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben, Institut für Weltwirtschaft Kiel, 14.02.2025.

143 Chagnaud, Marie-Louise u.a.: Europa rüsten: Zum Stand der europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis, in: Bartels, Hans-Peter u.a. (Hg.): Strategische Autonomie und die Verteidigung Europas. Auf dem Weg zu einer europäischen Armee? Bonn 2017, S. 59-74, S. 71.

wohl weitere 12.000 hinzufügen.<sup>144</sup> Europaweit gibt der größte Lobbyverband der Branche seine Beschäftigten für 2023 mit 581.000 (+8,9%) an (bei einem Umsatz von 158,8 Mrd. Euro, einem Anstieg von 16,8% gegenüber dem Vorjahr)<sup>145</sup> – für dasselbe Jahr weist allein Volkswagen 654.359 Beschäftigte aus.<sup>146</sup> Allein anhand dieser Zahlen wird ersichtlich, dass der Rüstungsbereich gänzlich ungeeignet ist, um im großen Stil Arbeitsplatzabbau in anderen Branchen aufzufangen. Dies bestätigen auch Untersuchungen für die USA, die zu dem Ergebnis gelangen, kein anderer Sektor erzeuge weniger zusätzliche Arbeitskräfte pro investierter Steuermilliarde wie die Rüstungsbranche.<sup>147</sup> Und dies gilt auch hierzulande: „Die Hochrüstung könne zum ‚Jobmotor‘ der Zukunft werden, jubilierte etwa Carlo Masala in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. [...] Allerdings sollte man sich nicht zu früh freuen. [...] Die Erwartungen an den Beschäftigungseffekt der Hochrüstung [sind] eher gering: [...] Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz, Gesundheit, Bildung usw. hätten einen 2- bis 3-mal höheren Beschäftigungseffekt.“<sup>148</sup>

Darüber hinaus ist die Aussage der Kieler IfW-Studie, dass hohe Rüstungsausgaben zu einem Anstieg des BIPs führen werden, alles andere als spektakulär, sondern nahezu unstrittig: Wenn kurzfristig schuldenfinanziert riesige Beträge in irgendeinen Bereich der Wirtschaft gekübelt werden, hat dies fast zwangsläufig einen Anstieg des BIPs zur Folge. Allerdings kommt aber fast jede Untersuchung zu dem Ergebnis, dass Gelder in so gut wie jedem anderen Bereich zu weit höheren Wachstumseffekten führen.<sup>149</sup> Krebs und Kaczmarczyk schreiben dazu: „Investitionen in die öffentliche Infrastruktur oder soziale Dienstleistungen wie Kitas und Ganztagschulen weisen dagegen Multiplikatoren zwischen 2 und 3 auf, also vier- bis sechsmal höhere Produktionseffekte pro eingesetztem Euro. [...] Jeder Euro, der in Panzer, Flugzeuge und Munition investiert wird, fehlt an anderer Stelle, etwa bei der Modernisierung von Strom- und Bahnnetzen, beim Ausbau der Kinderbetreuung, bei der Förderung grüner Technologien oder bei der Qualifikation von Fachkräften. Die Vorstellung, dass der Staat alle diese Ziele gleichzeitig verfolgen kann, verkennet die Realität begrenzter finanzieller und realwirtschaftlicher Ressourcen.“<sup>150</sup>

Langfristig deutet zudem vieles darauf hin, dass sich Militärausgaben – abseits aller sonstigen Bedenken – sogar nachteilig auf das Wirtschaftswachstum auswirken: „Im Jahr 2020 ergab die groß angelegte Metastudie „Military Expenditures and Economic Growth“, in der 231 Studien ausgewertet und zusammengefasst wurden, dass hohe Rüstungsausgaben insgesamt einen überwiegend negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben. Der „Militär-Keynesianismus“ macht die Menschen also real ärmer, und hinten kommt nichts Gutes heraus. Nichts bis auf einen großen Haufen totes Metall.“<sup>151</sup>

Anstatt sich aber allzu lange mit vorhandenen Studien zum Thema aufzuhalten, könnte man auch einfach die ansonsten derzeit ja gern zitierten Rüstungshardliner Christian Mölling

„Die Frage, wer die Zeche für Kriegsgerät zahlt, gerät dann direkt zu einer klassenpolitischen Angelegenheit.“

(Bertelsmann) und Torben Schütz (DGAP) zitieren. Bei capital.de schrieben sie bereits voriges Jahr: „Aufrüstung ist teuer und unpopulär – daher verfallen einige Politiker auf eine neue Idee: Die Rüstungsmilliarden könnten eine Konjunkturspritze sein. [...] Doch unterm Strich ist die Idee des Rüstungs-Keynesianismus ein gut gemeinter Versuch, sicherheitspolitisch notwendige Investitionen über Wohlstandseffekte zu vermitteln. [...] Rüstung ist bekanntermaßen eine vergleichsweise schlechte Investition, wenn es um die Förderung der Volkswirtschaft geht. Hier bringen Investitionen in Bildung oder Infrastruktur viel höhere Effekte.“<sup>152</sup>

### 5.3 Aufrüstung als Klassenfrage

Rüstungsinvestitionen führen also, wenn überhaupt, nur kurzfristig zu einem relativ geringen Wirtschaftswachstum, langfristig wirken sie sich negativ aus, was die Frage aufwirft, woher die Gelder dafür stammen sollen: „So oder so, das ‚Deficit spending‘ des Staates zugunsten der Rüstungsindustrie muss auf die eine oder andere Weise refinanziert werden. Entweder direkt über erhöhte Steuern oder per Kredit, der aber früher oder später auch zu begleichen ist. Die Frage, wer die Zeche für Kriegsgerät zahlt, gerät dann direkt zu einer klassenpolitischen Angelegenheit.“<sup>153</sup>

144 From trains to tanks: Germany's rearmament marks industrial shift, ft.com, 23.04.2025.

145 The Aerospace and Defence Industries Association of Europe: Facts & Figures 2024, S. 4.

146 Volkswagen: Konzernlagebericht Belegschaft: <https://geschaeftsbericht2023.volkswagen-group.com/konzernlagebericht/geschaeftsverlauf/belegschaft.html>

147 Garrett-Peltier, Heidi: War Spending and Lost Opportunities, Brown University, Costs of War Project, March 2019.

148 Solty, Ingar: Sackgasse Deutschland: Vom Exportweltmeister zum Hochrüstungmeister, Berliner Zeitung, 02.04.2025.

149 Grunert 2025.

150 Krebs /Kaczmarczyk 2025, S. 21f.

151 Dietrich, Nils: „Militär-Keynesianismus“: Hinten kommt nichts Gutes heraus, Neues Deutschland, 02.04.2025.

152 Mölling, Christian/Schütz, Torben: „Wir rüsten besser so viel, wie uns unser Leben wert ist“, capital.de, 09.09.2024.

153 Bratanovic, Daniel: Rotlicht: Rüstungskyesianismus, junge Welt, 05.03.2025.



Eine schuldenfinanzierte Aufrüstung soll allenfalls über einen gewissen Zeitraum betrieben werden<sup>154</sup>, perspektivisch plädiert zum Beispiel IfW-Chef Moritz Schularick dafür, das Geld über Kürzungen in anderen Bereichen im Haushalt aufzubringen: „Ich kann sehr gut mit der vereinbarten Ausnahme der Verteidigungsinvestitionen von der Schuldenbremse leben. Aber klar ist: Langfristig müssen wir die Ausgaben in den regulären Haushalt einbinden. Wir müssen also umschichten aus anderen Ausgabenposten oder neue Einnahmen finden.“<sup>155</sup>

Da das IfW wenig davon hält, die Einnahmeseite etwa durch Reichensteuern oder dergleichen zu verbessern<sup>156</sup>, ist es auch kaum eine Überraschung mehr, wo bzw. auf wessen Kosten „umgeschichtet“ werden soll. So forderte Schularick unter Zuhilfenahme eines in die Nazizeit zurückreichenden Spruchs<sup>157</sup> unter dem Titel „Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand“: „Deutschland und Europa müssen aufrüsten, auch wenn die Konsequenzen für die Staatsfinanzen dramatisch sein werden. [...] Wie viel mehr Geld müssten wir dafür ausgeben? Wenn wir uns an anderen Ländern orientieren, scheint eine Erhöhung der Militärausgaben bis zum Ende des Jahrzehnts auf 150 Milliarden Euro jährlich realistisch. [...] Wie kann und wie sollte ein solches Paket daher finanziert werden? Mittelfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, harte Budgetentscheidungen zwischen „Kanonen und Butter“ zu treffen.“<sup>158</sup>

Es ist schon einigermaßen kaltschnäuzig, wenn Menschen, die sich um die Butter auf ihrem Brot keine Sorgen zu machen brauchen, die ärmsten in der Bevölkerung dazu auffordern, für „den Wohlstand“ die Gürtel noch enger zu schnallen.

## Rüstung statt Rente – Kanonen statt Butter

Neben dem Kieler IfW sticht besonders das Münchner Ifo-Institut in der Debatte über höhere Rüstungsausgaben unangenehm heraus. So forderte ifo-Chef Clemens Fuest bereits im Februar 2024: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“<sup>159</sup> Und Anfang 2025 machte sich Niklas Potrafke vom Ifo-Institut mit ähnlichen Forderungen nach Sozialkürzungen bemerkbar: „Kernaufgabe der Politik ist es, Prioritäten zu setzen. Deutschland wird nicht nach Belieben konsumtive und investive Ausgaben erhöhen können. [...] Verteidigung ist eine Kernaufgabe des Staates und gehört deshalb in den Kernhaushalt. [...] Der größte Posten im Bundeshaushalt sind Zuschüsse in die Rentenversicherung – alsbald 130 Milliarden Euro im Jahr. Das ist eine klassische konsumtive Ausgabe. Wir haben es über Jahre verschlafen, wesentliche Strukturreformen anzugehen. Ein prominentes Beispiel ist der Umgang mit dem demographischen Wandel. Wir sollten nun dringend zusehen, durch entschlossenes Anpassen des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung die Zuschüsse in die Rentenversicherung zu reduzieren.“<sup>160</sup>

159 Sozialstaat versus Militär: „Kanonen ohne Butter“, 26.02.2024.

160 „Blankes Heer?\": Wo das Geld für die Bundeswehr herkommen könnte, stern.de, 09.01.2025.

154 „Die Zinsen dafür werden über einen sehr langen Zeitraum von unseren Steuern bezahlt, also der Volkswirtschaft entzogen, und können zudem vom Staat nicht mehr für andere – sinnvollere – Dinge ausgegeben werden. Die Ausgaben steigen, auf der Einnahmeseite steht jedoch nichts. Panzer zahlen keine Steuern und erwirtschaften auch keinen Gewinn, wenn sie erst einmal ausgeliefert wurden. [...] Dies ist sowohl nach betriebswirtschaftlicher als auch nach gesamt- bzw. volkswirtschaftlicher Logik eine klare Fehlinvestition.“ (Berger, Jens: Vom „Green New Deal“ zum „olivgrünen Wirtschaftswunder“ – der Irrsinn regiert, nachdenkseiten.de, 27.03.2025)

155 „Wir brauchen wohl eher eine Million Drohnen als 2000 neue Panzer“, Spiegel Online, 05.03.2025. Auch: „Insgesamt rechnet die Koalition während ihrer Amtszeit mit knapp 334 Milliarden Euro neuer Schulden für die Verteidigung. [...] Langfristig sollte der Staat deswegen die äußere Sicherheit als Daueraufgabe wieder stärker durch laufende Steuereinnahmen finanzieren, um nicht dauerhaft die Verschuldung in die Höhe zu treiben.“ (NATO-Ziel: Mit Schulden zur Quote, iwd, 21.07.2025)

156 Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben, Institut für Weltwirtschaft Kiel, 14.02.2025. Wie es sich für ein arbeitgebernahes Institut gehört, hat das IfW eine klare Position, dass die Rüstungsgelder unter keinen Umständen über höhere Unternehmens- oder Reichensteuern aufgebracht werden sollen: „Das BIP-Wachstum wird geringer ausfallen, möglicherweise sogar negativ sein, wenn zusätzliche Verteidigungsausgaben von Anfang an durch höhere Steuern finanziert werden. Europas Regierungen sollten daher mehr Schulden aufnehmen, um vorübergehende Mehrausgaben oder den Übergang zu auf Dauer höheren Budgets zu finanzieren, zumal der Kauf von Waffen teurer ist als die Wartung und Instandhaltung.“

157 Wikipedia: Fettlücke.

158 Schularick, Moritz: „Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand“, Spiegel Online, 28.03.2024.

## 6. Fazit

**H**ohe Rüstungsausgaben waren ein wesentlicher Grund, weshalb eine Reihe europäischer Staaten in den 2000ern in die Schuldenkrise stürzten (und dann vor allem von Deutschland darin regelrecht versenkt wurden).<sup>161</sup> Heute stehen noch einmal ganz andere Beträge im Raum und es ist nahezu ausgeschlossen, dass Länder wie beispielsweise Italien oder auch Frankreich die angepeilten Militärausgaben ohne massive Kürzungen und dementsprechende soziale Verwerfungen erreichen können. Die Europäische Union ist in diesem Zusammenhang nur insofern „hilfreich“, als sie mit ihren Maßnahmen die Aufnahme neuer Rüstungskredite erleichtert, doch für die meisten Länder dürfte sich dieser Weg angesichts bereits heute hoher Schuldenstände bald als Sackgasse erweisen: „Kann sich Deutschland bei seiner Rüstung in die Höhe schnellende Schulden gegenwärtig noch leisten, so fürchten andere Staaten – etwa Frankreich, Italien und Spanien – angesichts ihres heute schon hohen Schuldenstandes bereits, in eine neue Schuldenkrise zu geraten. Ein umfassender Zusammenbruch der Wirtschaft Europas in einer Rüstungsschuldenkrise ist nicht mehr undenkbar.“<sup>162</sup>

Doch von einer Rückbesinnung auf alte Tugenden der einstmaligen „Zivilmacht Europa“ ist man weiter entfernt denn je. Ob aber die aktuelle Dynamik anhalten wird, den europäischen Rüstungssektor auch gegen die USA in Stellung bringen zu wollen, ist derzeit noch unklar und dürfte von mehreren Faktoren abhängen. Da wäre einmal die Möglichkeit, dass das beiderseitige Verhältnis nach einem demokratischen Sieg bei den nächsten US-Wahlen gegebenenfalls wieder in ein etwas ruhigeres Fahrwasser zurückkehren könnte. In diesem Fall dürften die Transatlantiker wieder an Einfluss gewinnen und der aktuelle Kurs an Rückhalt verlieren. Doch selbst wenn dies eintreten sollte, ist derzeit kaum mit einem substantiellen Rückgang der Militärausgaben zu rechnen.

Noch trüber sind die Aussichten, sollten die Beziehungen zu Washington anhaltend konfliktbeladen bleiben oder sich gar noch weiter verschlechtern. Doch auch hier stehen hinter

dem „Traum“ von der Militärmacht Europa noch eine Reihe Fragezeichen. Das betrifft einmal die Frage, ob Deutschland und Frankreich gewillt und in der Lage sein werden, Kompromisse zu finden, um die anderen europäischen Ländern ins Boot eines von ihnen dominierten Rüstungskomplexes zu holen. Viel wird auch davon abhängen, ob beide Länder ihre schweren Konflikte um die Führungsrolle in europäischen Rüstungsfragen werden beilegen können – und dies betrifft nicht zuletzt auch die Frage der nuklearen Abschreckung, ohne deren Lösung jeder ernsthafte Versuch, eine Gegenmacht zu den USA aufzubauen, im Sande verlaufen dürfte. Ein Selbstläufer ist die anvisierte Militärmacht Europa also in keiner Weise, doch selbst wenn ihr Aufbau scheitern sollte, allein der Versuch wird irrwitzige Milliardenbeträge verschlingen, während sich die Klima-, Umwelt-, Gesundheits- und Armutskrisen immer weiter verschlimmern. Die sich in Teilen bereits abzeichnende Umstellung in Richtung Kriegswirtschaft ist ein Holzweg, sie trägt nichts dazu bei, die großen Krisen unserer Zeit zu bewältigen – im Gegenteil!

---

<sup>161</sup> Slijper, Frank: Guns, Debt and Corruption, Transnational Institute, April 2013.

<sup>162</sup> Das Fünf-Prozent-Ziel der NATO, [german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com), 14.05.2025.





